Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Bürscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 145 Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 **Burscheid, Donnerstag, 23. Juni 1932** Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 **72. Jahrgang**

Der gestrige Landtag

Schwierige Präsidiumswahl im Landtag

Bei der Plenarsitzung des Landtages sind die Publikumstribünen sowie die Diplomaten- und Abgeordnetenempore außerordentlich stark besetzt. Die Regierungsbank weist gleichfalls eine stärkere Besetzung auf, als bisher im neuen Parlament.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung von Anträgen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen auf

Erlaß einer politischen Amnestie.

Es handelt sich dabei im wesentlichen um dieselben Forderungen, die bereits der Rechtsausschuß verabschiedet hat und die in der letzten Landtagssitzung nicht mehr zur Abstimmung gelangen konnten. Außerdem haben auch die Sozialdemokraten einen eigenen Entwurf zur Amnestie vorgelegt.

Bei Beginn der Debatte wendet sich **Abg. Gehrmann** (Soz.) in einer Erklärung gegen die schweren Vorwürfe, die in der letzten Sitzung von den Nationalsozialisten und Kommunisten sowie von anderen Parteien gegen den sozialdemokratischen Redner Kuttner erhoben worden seien.

Darüber entspinnt sich eine lebhafte Aussprache.

Abg. Dr. Zubke (Dntl.) legt einen deutschnationalen Aenderungsantrag zu dem nationalsozialistischen Amnestieantrag vor, wonach diejenigen Dienststrafvergehen von Beamten nicht amnestiert werden sollen, die in den zurzeit von Deutschland abgetrennten Gebieten eingeleitet wurden.

Bei der sich anschließenden zweiten Lesung wird zunächst abgestimmt über den nationalsozialistischen Entwurf. Mit großer Mehrheit wird § 1 angenommen, wonach bestimmt werden soll, daß Straferlaß gewährt werde für die rechtskräftig erkannten Strafen, soweit ausschließlich oder vorwiegend politische Beweggründe maßgebend gewesen sind, und zwar, entsprechend einem deutschnationalen Antrag, für Taten, die bis zum 15. Juni d. J. begangen wurden. Auf kommunistischen Antrag wird weiter beschlossen, daß auch solche Straftaten amnestiert werden sollen, die aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, Streiks und Demonstrationen entstanden sind. Im übrigen wird die nationalsozialistische Fassung bestätigt, die Amnestie auch für Vergehen wegen wirtschaftlicher Not gewähren will. § 3 des Entwurfes regelt die entsprechende Amnestierung von Dienststrafen für Beamte, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst.

Das Haus stimmt der nationalsozialistischen Fassung des § 3 mit seinem deutschnationalen Aenderungsantrag zu. Auch die übrigen Bestimmungen werden im wesentlichen nach der nationalsozialistischen Fassung angenommen. Bei § 4 wird dagegen der deutschnationale Antrag angenommen, der die schweren Delikte, wie Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung usw. von der Amnestie ausnimmt.

Damit ist die zweite Lesung der Amnestievorlagen erledigt.

Das Haus wendet sich dann zur

endgültigen Wahl des Landtagspräsidiums.

Auf Vorschlag des **Abg. Pieck (Komm.)**, der die bedingungslose Bereitschaft seiner Fraktion, mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten zu gehen, zum Ausdruck bringt, um Nationalsozialisten und Deutschnationale vom Präsidium auszuschließen, wird die Sitzung auf Beschluß einer Mehrheit vom Zentrum bis zu den Kommunisten um eine Stunde unterbrochen.

Um 17.15 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Inzwischen ist bekannt geworden, daß das Zentrum den kommunistischen Vorschlag abgelehnt hat.

Abg. **Heilmann (Soz.)** erklärt, die Sozialdemokraten seien bereit, für jeden Präsidentschaftskandidaten zu stimmen, der gegen den nationalsozialistischen Kandidaten Kerrl eine Mehrheit bekommen würde. Die Sozialdemokraten hätten keinerlei Bedingungen dabei gestellt und nähmen diesen Standpunkt der Bekämpfung der Rechtskandidatur bei der Wahl des Präsidenten und aller Vizepräsidenten ein.

Da die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln und Namensaufruf erfolgt, nimmt sie längere Zeit in Anspruch.

Der Präsident stellt folgendes fest:

Es sind 405 Stimmzettel abgegeben worden. 64 Stimmzettel (des Zentrums) waren unbeschrieben. Es sind abgegeben worden 197 Stimmen für den Abgeordneten Kerrl, 91 für den Abgeordneten Wittmaack (Soz.) und 53 für den Abgeordneten Kasper (Komm.)

Damit ist Abg. Kerrl (Nat. Soz.) mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten gewählt.

Diese Feststellung wird von den Nationalsozialisten mit stürmischem Händeklatschen aufgenommen während die Kommunisten ein dreifaches Nieder auf den neuen Präsidenten ausbringen.

Bei der endgültigen Wahl des 1. Vizepräsidenten entfielen auf den Abgeordneten Dr. von Kries (D. N.) 192, auf den Abgeordneten Wittmaack (Soz.) 162, auf den Abgeordneten Kasper (Kom.) 50 Stimmen. Ein Zettel war unbeschrieben. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, mußte eine Stichwahl zwischen den Abgeordneten Dr. von Kries und Wittmaack stattfinden, die wiederum durch Namensaufruf erfolgte. Für den Abgeordneten Wittmaack hatte außer den Sozialdemokraten auch das Zentrum gestimmt.

Bei der Stichwahl werden für den Abgeordneten Dr. von Kries (D. N.) 182 Stimmen abgegeben, für den Abgeordneten Wittmaack 174 Stimmen. 52 kommunistische Stimmen sind ungültig. Dr von Kries ist hiernach zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

Bei der Wahl des 2. Vizepräsidenten werden für den Abgeordneten Baumhoff (Zentrum) 184 Stimmen, für den Abgeordneten Kasper (Komm.) 53, für den Abgeordneten Wittmaack (Soz.) 3 Stimmen abgegeben. Unbeschrieben sind 146 Stimmzettel der Nationalsozialisten. Abgeordneter Baumhoff ist damit zum 2 Vizepräsidenten gewählt.

Er erklärt jedoch, daß er sich über die Annahme oder Ablehnung seiner Wahl die Entscheidung bis nach der Wahl des 3. Vizepräsidenten vorbehalten müsse.

Als zum 3. Vizepräsidenten von den Nationalsozialisten der Abg. Haake (Nat. Soz.) vorgeschlagen wird, verlassen die Mitglieder der Zentrumsfraktion und die Sozialdemokraten den Sitzungssaal

Das Ergebnis der Abstimmung über den 3. Vizepräsidenten war, daß von insgesamt 259 Stimmen auf den Abgeordneten Haake (Nat. Soz.) 189 Stimmen, auf den Abgeordneten Kasper (Komm.) 49 Stimmen entfielen. Damit war Abg Haake gewählt.

In Zentrumskreisen wurde erklärt, daß die Fraktion sich mit der Frage beschäftigen wolle, ob bei dieser Zusammensetzung des Präsidiums der Abgeordnete Baumhoff als Vertreter des Zentrums dem Landtagspräsidium angehören könne.

Nach der Wahl des Präsidiums im Preuß. Landtag schlägt **Präsident Kerrl** vor, die nächste Sitzung des Landtags Donnerstag 12 Uhr abzuhalten und auf die Tagesordnung dieser Sitzung die gemeinsame Beratung der Kultur- und Schulanträge verschiedener Fraktionen und den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen den Präsidenten zu setzen.

Abg. Borck (D. N.) bedauert, daß die Wahl des Ministerpräsidenten nicht auf der vorgeschlagenen Tagesordnung steht. Es müsse unbedingt der Versuch gemacht werden, eine neue Regierung zu bilden. Es stehe fest, daß die Regierung Braun auch weiter die preußische Personalpolitik beeinflusse. Hinter den Kulissen würden ganz eigenartige Geschäfte betrieben. Scheitere der Versuch der Ministerpräsidentenwahl, dann seien die Wege für andere Dinge frei. (Hört, hört! links).

Abg. Kube (Nat. Soz.) erwidert, die Nationalsozialisten hätten nicht den geringsten Anlaß, irgendwie die Schwierigkeiten des Kabinetts Braun, das sich mit Hilfe der Geschäftsordnungsschiebung am Ruder erhalte, zu beenden. Angesichts der Stimmung des Volkes seien die Nationalsozialisten zur Uebernahme der vollen Verantwortung bereit. Die Regierungsparteien hätten aber diese Machtübernahme durch die Geschäftsordnungsschiebung unmöglich gemacht. Kleine Parteien könnten es sich leisten, hier demonstrative Schritte zu unternehmen. Die Nationalsozialisten seien nicht in der Lage, dieses Affentheater mitzumachen, hier einen Führer herauszustellen, der dann nicht gewählt werde.

Reich und Länder

Das Verlangen des Reichsinnenministers

Im Reichsministerium des Innern trat am Mittwochvormittag 11 Uhr die angekündigte Konferenz der Innenminister über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni d. J. unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Freiherrn von Gayl zusammen.

Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers, so berichtet das Wolffbüro, fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung.

Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Kürzungen bei der Osthilfe

Die Reichsratsausschüsse hielten am Mittwoch wegen der Länderkonferenz keine Ausschußsitzung ab, die erste Lesung des Etats in den Ausschüssen wird noch bis Montag dauern, da die größeren Etats noch unerledigt sind. Es sind noch die Etats der Kriegslasten, des Finanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung, des Arbeitsministeriums, des Wehrministeriums, des Ernährungsministeriums und des Innenministeriums zu beraten. Im Anschluß an die erste Lesung soll eine kurze zweite Lesung stattfinden, an die sich dann am Dienstag die Vollsitzung des Reichsrats zur Verabschiedung des Etats schließen soll.

Am Donnerstag werden die Reichsratsausschüsse den Kriegslasten-Etat behandeln, der auch die Mittel für die Osthilfe enthält. Die finanzielle Notlage des Reiches hat zur Folge gehabt, daß auch bei den Osthilfemitteln erhebliche Kürzungen vorgenommen werden mußten. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, konnten beispielsweise für die Ostsiedlung im Rahmen der Umschuldungsaktion statt der im Osthilfegesetz vorgesehenen 50 Millionen nur 30 Millionen in den Etat eingesetzt werden. Auch bei den übrigen Osthilfemitteln, bei den Mitteln für wirtschaftliche Fürsorge, Bahnbauten usw. müssen zum Teil erhebliche Kürzungen erfolgen. Ein Teil der Ansätze erscheint dagegen in der Höhe des Vorjahres im neuen Etat. Wie dem Nachrichtenbüro des VDZ weiter erklärt wird, ist eine Beunruhigung im Osten aus Anlaß der Kürzungen um so weniger angebracht, als auch die neue Reichsregierung bestrebt ist, dem Osten im Rahmen des Irgendmöglichen zu helfen. Ein Teil der Kürzungen ergebe sich ohne weiteres aus der Entwicklung der Wirtschaftslage. Wenn z. B. die Mittel für die steuerliche Lastensenkung gekürzt seien, so müsse in Rechnung gestellt werden, daß infolge der Wirtschaftskrise die Steuern stark zurückgegangen seien und infolgedessen auch die Mittel zu ihrer Senkung zurückgingen. Das gleiche gelte für die Mittel, die für Frachterstattungen für Ostpreußen vorgesehen seien. Die Reichsbahnstatistik lasse erkennen, daß der Verkehr um 20% zurückgegangen sei, was zur Folge habe, daß man auch geringere Mittel für diesen Zweck in Zukunft benötige.

Reich und Länder
nach der Konferenz beim Reichsinnenminister

In unterrichteten Kreisen in Berlin rechnet man damit, daß die „kürzeste Frist", in der die noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder nach der amtlichen Mitteilung die Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zugesagt haben, sich auf etwa zwei bis drei Tage belaufen werde. Die Entscheidung in der ganzen Angelegenheit ist somit für Ende der Woche zu erwarten.

Die Vertreter der Länder sind über den Standpunkt der Reichsregierung unterrichtet worden; es kommt nun darauf an, wie sich die Länderregierungen dazu einstellen, und zwar handelt es sich naturgemäß in erster Linie um

Bayern und Baden.

Der bayerische Ministerpräsident und der bayerische Kultusminister werden am Donnerstag wegen der Beisetzung des Bischofs von Eichstätt nicht in München anwesend sein können, sodaß also die bayerische Staatsregierung erst am Freitag Stellung nehmen kann. Für die Entscheidung der beiden Länder, auf die es im wesentlichen ankommt, sind

zwei Möglichkeiten

gegeben, nämlich einmal die

Aufhebung oder wenigstens kürzere Befristung des Uniformverbotes,

zum anderen die Mitteilung an die Reichsregierung, daß die besonderen

Verhältnisse in Süddeutschland eine Aenderung des Standpunktes leider nicht ermöglichen.

Nach der Stimmung bei den beiden Ländern betrachtet man in politischen Kreisen

diese letzte Antwort als die wahrscheinliche,

sodaß dann also voraussichtlich bereits am

Sonnabend die Notverordnung des Reichspräsidenten

erscheinen würde, durch die die ganze Frage von reichswegen geregelt wird. Vielleicht würden die beiden süddeutschen Länder darauf mit der

Anrufung des Staatsgerichtshofes

antworten. Diesem Schritt käme aber keine aufschiebende Wirkung zu, sodaß also die Reichsregelung unter allen Umständen in Kraft treten würde.

Eine solche Entwicklung würde, wie das Contibüro berichtet, nach Auffassung politischer Kreise keineswegs eine weitere Verschärfung bedeuten, vielmehr würde

die ganze Konfliktangelegenheit damit nur auf den ordentlichen und nicht ungewöhnlichen Weg der juristischen Austragung gebracht werden.

Aber es läßt sich heute noch nicht sagen, ob es überhaupt soweit kommt. In unterrichteten Kreisen vermeidet man es zwar, von einer „Entspannung" zu sprechen, man hat aber doch den Eindruck, daß die

Aussprache unter gar keinen Umständen eine weitere Zuspitzung herbeigeführt

habe. Sie war freimütig und offen und dürfte in diesem Sinne besonders von bayerischer Seite gehandhabt worden sein, dessen Vertreter sich wohl auch besonders deutlich gegen jede Anzweiflung der bayerischen Reichstreue gewandt hat. Aber im ganzen spielte die Besprechung sich in sehr viel verbindlicheren Formen ab, als der Streit in den letzten Tagen in der Oeffentlichkeit geführt wurde. Gleich zu Beginn der Konferenz hat der Reichsinnenminister unterstrichen, daß es der Reichsregierung am liebsten wäre, wenn die Länder durch die Aenderung ihrer Stellungnahme den Anlaß einer neuen Notverordnung entfallen ließen. Die an die Ausführungen des Freiherrn von Gayl anschließende Aussprache, die sich auf über fünf Stunden ausdehnte, erstreckte sich neben der Frage des Uniformtragens auch auf die des Demonstrationsverbotes. Wie schon aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht, sind alle Ländervertreter zu Wort gekommen, als erster übrigens Minister Severing für Preußen als das größte Land.

Oesterreich bereitet eine Devisensperre vor

Aus Wien, 22. Juni, meldet das Wolffbüro: Auf Grund der Erklärung des österreichischen Finanzministers in Genf, daß die Nationalbank am 23. Juni die Devisensperre gegenüber dem Auslande verhängen müsse, falls bis dahin die geplante Anleihe für Oesterreich nicht abgeschlossen sein sollte, hat, wie die Blätter heute melden, die Oesterreichische Nationalbank bereits entsprechende Vorkehrungen getroffen und schon gestern Ueberweisungen von Auslandsguthaben zunächst zurückgestellt. Auf Devisenanforderungen wurde mitgeteilt, daß erst am Donnerstag eine Entscheidung getroffen werden könne.

Deutsch-russischer Nichtangriffspakt

Aus Riga, 22. Juni, wird berichtet: Der Saeima hat den lettisch-russischen Nichtangriffspakt und einen kürzlich unterzeichneten Schiedsgerichtsvertrag mit Rußland ratifiziert. — Ferner billigte der Saeima ein Gesetz, das die Regierung zur Erhöhung der Zollsätze innerhalb bestimmter Grenzen ermächtigt. Diese Maßnahme soll dazu dienen, den größten Teil der Einfuhrkontingente abzuschaffen.

Das hatte man nicht erwartet . . .!

Hoovers Abrüstungsplan

Selten war der Andrang des Publikums und der internationalen Presse, die größtenteils aus Lausanne zu den Verhandlungen herbeigeeilt war, auf der Abrüstungskonferenz so stark wie in der überraschend einberufenen Sitzung des Hauptausschusses, an der die Außenminister Deutschlands, Englands und Italiens sowie der französische Kriegsminister teilnahmen. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, eröffnete die Sitzung und erteilte sogleich dem Führer der amerikanischen Delegation,

Botschafter Gibson,

das Wort. Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika begann seine Rede mit der vor der Versammlung mit größtem Interesse aufgenommenen Mitteilung, daß er vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika beauftragt sei, dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz

eine Erklärung, die in diesem Augenblick in der ganzen Welt veröffentlicht werde,

zu übermitteln. Der Präsident der Vereinigten Staaten gebe sich der größten Hoffnung hin, daß die Veröffentlichung seines Vorschlages als

ein Appell an die Völker

aufgefaßt werde, und zu einer allgemeinen und gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führen werde. Botschafter Gibson verlas sodann

die Botschaft Hoovers,

die in dem Vorschlag gipfelt,

die gesamten Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen.

Hoover betont in seiner Botschaft, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, wo man kurz entschlossen an eine Herabsetzung der verheerenden Rüstungslast, die auf der Welt laste, herangehen müsse. Auf diese Weise würde

der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft

getan. Die Abrüstung würde die Furcht und das gegenseitige

Mißtrauen beseitigen,

das die Folge der Rüstungen sei. Wenn man für die Dauer von zehn Jahren durch Rüstungsherabsetzung eine Verschwendung von wenigstens zehn Milliarden Dollar vermeide, so werde der Gedanke des Friedens gefestigt werden.

Die Botschaft Hoovers entwickelt dann im einzelnen einen umfassenden Abrüstungsplan, der von dem Grundgedanken ausgeht, daß der von allen Staaten unterzeichnete Kelloggpakt bedeute, daß die Staaten ihre Rüstungen lediglich zu Verteidigungszwecken zu gebrauchen gedenken. Die Land-, Luft- und Flottenrüstungen bildeten ein einheitliches Ganzes. Deshalb müßten auch die amerikanischen Vorschläge als ein Ganzes betrachtet werden.

Auf dem Gebiete der Landrüstungen sieht der Plan Hoovers die

vollständige Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der beweglichen schweren Artillerie

vor. Die Personalstärke soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr so viele Truppen unterhalten dürfen, wie er aus Gründen der inneren Sicherheit, und um einen Angriff abwehren zu können, braucht.

Als Grundlage für die Berechnung der Personalstärke jedes Staates soll die Heeresstärke genommen werden, die der Versailler Vertrag für Deutschland festgesetzt hat.

Auf dem Gebiete der Luftrüstungen wird die

vollständige Abschaffung der Bombenflugzeuge

gefordert. Was die Seerüstungen angeht, so empfiehlt Amerika die

Herabsetzung der Gesamttonnage der Panzerschiffe um ein Drittel, der Flugzeugmutterschiffe sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Viertel und der Unterseeboote um ein Drittel.

Die Gesamttonnage der Unterseeboote soll in keinem Staat 35 000 Tonnen überschreiten.

Die Botschaft Hoovers stellt zum Schluß fest, daß der amerikanische Plan zu einer starken Herabsetzung der Ausgaben für Neubauten und Erneuerung der Kriegsschiffe führen würde. Er würde jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Jeder Staat müsse zu dem gemeinsamen Werk beitragen. Es sei ein Wahnsinn, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Vorschläge eingebracht, um die Völker zu entlasten.

Im Anschluß an die Verlesung der Botschaft Hoovers gab Botschafter Gibson einige technische Erläuterungen zu dem Plan und betonte nochmals, daß Amerika bereit sei, seinerseits große materielle Opfer auf dem Gebiete der Abrüstung zu bringen

konne, ohne daß die Frage der Sanktionen geregelt würde.

Der russische Volkskommissar Litwinow

übte scharfe Kritik an den Arbeiten der Konferenz, die bisher lediglich akademischen Wert hätten. Nach zehnjähriger Vorbereitung und im fünften Monat der Konferenz wisse man noch nicht einmal, ob alle Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, wirklich gewillt sind, abzurüsten oder ihre Rüstungen herabzusetzen. Die russische Delegation lehne jede Verantwortung für den Mißerfolg ab. Aber sie begrüße die Vorschläge der amerikanischen Delegation um so mehr, als diese in mehreren Punkten mit den russischen Forderungen übereinstimmten.

Der deutsche Delegationsführer, Botschafter Nadolny,

erklärte, daß die deutsche Delegation mit größtem Interesse und mit besonderer Befriedigung von den Vorschlägen des Präsidenten Hoover Kenntnis genommen habe. Die Konferenz könne sich dazu

beglückwünschen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten diese Initiative ergriffen habe.

Man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß die Konferenz Gefahr laufe, sich zu sehr in Einzeldiskussionen zu verlieren, und man sei an einem Punkte angelangt, wo man befürchten müsse, daß es niemals zu den grundsätzlichen Entscheidungen, die die ganze Welt erwarte, kommen werde. Die amerikanischen Vorschläge, die von einer hohen Weisheit Zeugnis geben, hätten

das Verdienst, der Konferenz einen neuen Impuls zu geben,

und er hoffe, daß sie die Arbeiten erleichtern würden.

In deutschen Kreisen in Genf

sagt man sich nach einer Wolffmeldung: Die Initiative des Präsidenten Hoover ist zu begrüßen, weil damit ein energischer Schritt auf allen drei Gebieten der Abrüstung unternommen wird, und weil ferner wenigstens auf dem Gebiete der Heeresstärken, in einer Teilfrage, das deutsche Niveau des Versailler Vertrages als Ausgangspunkt für die Berechnung der für die innere Sicherheit notwendigen Effektivbestände genommen wird.

Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch die in der amerikanischen Erklärung vorgeschlagenen Lösungen noch weit von den deutschen Forderungen entfernt sind. Deutscherseits wird gefordert, daß die Konferenz selbst in ihren Beschlüssen über die amerikanischen Vorschläge hinausgehe, insbesondere fordern wir, daß, soweit Deutschland in Frage kommt, das Rüstungsverhältnis zwischen den Staaten nicht das gleiche bleibt wie bisher, sondern durch die Berücksichtigung der deutschen Forderungen nach äußerer Sicherheit abgeändert wird.

Die Debatte über Hoovers Abrüstungsplan

In der Aussprache über Hoovers Abrüstungsvorschlag im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz teilte der italienische Außenminister

Grandi

mit, daß er dem italienischen Regierungschef die Botschaft des Präsidenten Hoover übermittelt habe. Er sei von Mussolini ermächtigt worden, zu erklären, daß

Italien den amerikanischen Plan annimmt.

Diese Annahme geschehe ohne jeden Vorbehalt. Grandi stellte fest, daß das amerikanische Projekt zum großen Teil sich mit dem Plan decke, den die italienische Delegation der Abrüstungskonferenz im Monat Februar eingereicht habe. Vor einem Jahre habe Präsident Hoover durch seinen Vorschlag des Schuldenmoratoriums den Weg für eine praktische Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewiesen. Heute eröffne Hoover einen neuen Weg für die Lösung des Abrüstungsproblems. Grandis Rede wurde mit auffallend stürmischem Beifall von den Delegationen und vom Publikum aufgenommen.

Der japanische Delegierte Botschafter Matsudeira

meinte, daß es am besten wäre, wenn die an den Washingtoner und Londoner Flottenverträgen beteiligten Regierungen sich ins Benehmen setzen würden, um die Vorschläge bezüglich der Flottenrüstungen genau zu prüfen.

Der Vertreter Spaniens Botschafter de Madariaga

vermißte an den amerikanischen Vorschlägen die Abschaffung der Militärluftfahrt und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt.

Die Sitzung fand sodann ihren Abschluß mit einer kurzen

Erklärung Hendersons,

der darauf hinwies, daß die amerikanischen Vorschläge nunmehr einen Teil des Programms bildeten, das in den privaten Besprechungen der Delegationen weiter behandelt werde. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Besprechungen bald zu Ergebnissen führen, damit der Hauptausschuß noch vor der Sommerpause wenigstens einige große Prinzipien zu Beschlüssen erheben könne.

Das Weiße Haus zum Hoover-Vorschlag

Aus Washington, 22. Juni, meldet das Wolffbüro: Im Weißen Haus wurde erklärt, die Vorschläge Hoovers stellten das Ergebnis langer Verhandlungen und Ueberlegungen dar und seien das, was in Genf erreicht werden könnte und müßte. Die französische Regierung, die anfangs die Vorschläge kritisch betrachtet habe, werde hoffentlich doch auf dieser Basis zu einer Einigung mit England, Amerika und Italien gelangen. Selbstverständlich habe die amerikanische Regierung nicht die Absicht, mit der Kriegsschulden ein Handelsgeschäft zu machen.

Es wäre eine Beleidigung für Europa, wenn Amerika die Herabsetzung der Schulden für die Herabsetzung der Rüstungen anbieten würde.

Ganz abgesehen davon halte man hier die Herabsetzung der Rüstungen für den ersten und wichtigsten Schritt zur wirtschaftlichen Erholung der Welt. Amerika sei bereit, auf einen Teil seiner Schlachtschiffe, auf die Bombenflugzeuge und auf die Eisenbahngeschütze zu verzichten.

Hoovers Vorschlag habe auch die Billigung der Chefs des Generalstabes und der Admiralität

sowie des Kriegs-, Marine- und Außenministers gefunden. Amerika hoffe dringend, daß es nicht gezwungen werde, seine Flotte bis zu der in London festgesetzten Vertragsstärke auszubauen, denn es wolle am Frieden und an der Erholung der Welt mitarbeiten.

Von maßgebender Seite verlautet ferner, es sei nicht Hoovers Idee, daß die Vereinigten Staaten allein nach den von ihm vorgeschlagenen Prinzipien vorgehen sollten. Die Vorschläge des Präsidenten, so erklärt man, würden weniger Wirkung auf die amerikanische Armee und Flotte als auf die der europäischen Mächte haben, denn die amerikanische Armee sei bereits unter die Deutschland und anderen Staaten nach dem Kriege zugestandene Polizeistärke demobilisiert worden, während die amerikanische Flotte nicht zu der vertraglichen Stärke ausgebaut wurde. Die Wirkung des Hooverschen Vorschlages würde dahin gehen, die vertragliche Grenze auf die gegenwärtig von der Flotte der Vereinigten Staaten erreichte Stärke herabzusetzen.

Französisch-belgische Einheitsfront

Wie „Matin" aus Lausanne erfährt, soll im Verlaufe der Aussprache zwischen den französischen und belgischen Delegierten eine Einheitsfront bezüglich der Reparationen zustande gekommen sein.

Pertinax meldet dem „Daily Telegraph" aus Lausanne,

die französische Delegation sei fest entschlossen, den englischen Vorschlag auf Annullierung der deutschen Zahlungen abzulehnen.

Sie sei bereit, Deutschland für eine Reihe von Jahren Erleichterung zu gewähren, falls Amerika das Seine beitrage. Aber sie bestehe auf der Zahlung der Reparationen nach Wiederkehr der Wohlfahrt.

Französische und belgische Sachverständige arbeiteten einen Plan für die Revision des Youngplanes aus, der der französischen Delegation unverzüglich vorgelegt werden soll.

Die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt

Im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz wurde die Debatte über die Frage der Internationalisierung der Zivilluftfahrt fortgesetzt. Die französische Delegation hat dem Ausschuß verschiedene Vorschläge unterbreitet. Sie tritt u. a. für die Internationalisierung der Handelsluftfahrt nach Kontinenten und die Festsetzung einer einheitlichen Nationaltonnage für die der Internationalisierung nicht unterworfenen Verkehrsflugzeuge ein. Der französische Senator de Jouvenel betonte, daß keinerlei Abrüstung hinsichtlich der militärischen Luftfahrt möglich sei, ohne gleichzeitige Internationalisierung der Zivilluftfahrt. Die Vertreter Kanadas und der Vereinigten Staaten brachten ihre Bedenken gegen die Internationalisierungspläne zum Ausdruck und betonten, daß die Uebersee-staaten an dieser Frage nicht interessiert seien. Der englische Luftfahrtminister Londonderry wies darauf hin, daß eine Internationalisierung die Entwicklung der Verkehrsluftfahrt hemmen und gefährden könne.

Auf Antrag des deutschen Delegierten wurde die Sitzung vertagt.

Kritik an Hoovers Vorschlag

Die Rede des amerikanischen Delegierten Gibson wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. In der darauffolgenden Debatte, an der zunächst die Vertreter Großbritanniens und Frankreichs das Wort ergriffen, zeigte sich jedoch, daß

die mutige Initiative des Präsidenten Hoover bei den Hauptrüstungsmächten Europas sehr wenig beifällig aufgenommen

worden ist. Der englische Außenminister

Sir John Simon

begann seine Rede mit der charakteristischen Erklärung, daß nicht einseitige Erklärungen eine Lösung des schwierigen Abrüstungsproblems herbeiführen können, sondern daß es nur auf dem Wege der Zusammenarbeit und mit dem Ziele eines für alle Staaten annehmbaren Uebereinkommens gelöst werden könne. Er wies auf die in Gang befindlichen privaten Besprechungen der Delegation hin, die den Zweck hätten, zur praktischen Lösung zu kommen. Großbritannien hoffe, daß der Plan alsbald von allen Seiten geprüft werde. Sehr bemerkenswert sei der Abschnitt, der die Heeresstärke behandele.

Die englische Delegation behalte sich ihre endgültige Stellungnahme vor.

Zu der Frage der Luftrüstungen übergehend, erklärte Sir John Simon, daß dieses Problem außerordentlich verwickelt sei, weil in Europa nicht nur die Militärluftfahrt, sondern auch die Zivilluftfahrt berücksichtigt werden müsse. Ueber die Seerüstungen bemerkte Sir John Simon, er wisse nicht, ob die in Hoovers Plan vorgeschlagenen Methoden die geeignetsten seien und den individuellen Verhältnissen der verschiedenen Länder Rechnung trügen. Einer der großen Vorzüge der Washingtoner und Londoner Flottenverträge sei gerade der, daß sie auf die verschiedenen Bedürfnisse der einzelnen Länder Bezug nehmen. Großbritannien wünsche eine größere Abrüstung auf diesem Gebiete, als man allgemein annehme. Die heute vorgelegten Vorschläge enthielten keinerlei Maßnahmen für die Verminderung der gegenwärtigen ungeheuren Größe der Linienschiffe. Wenn man sich bei dem zukünftigen Bau von Linienschiffen auf 25 000 Tonnen an Stelle von 35 000 Tonnen mit Geschützen von 12 an Stelle von 16 Zentimetern einigen würde, so hätte man der Abrüstung zu einem großen Erfolg verholfen.

In einer Rede, die auf eine ziemlich allgemeine Ablehnung des Hoover-Planes hinauslief, erklärte

der französische Kriegsminister Paul Boncour,

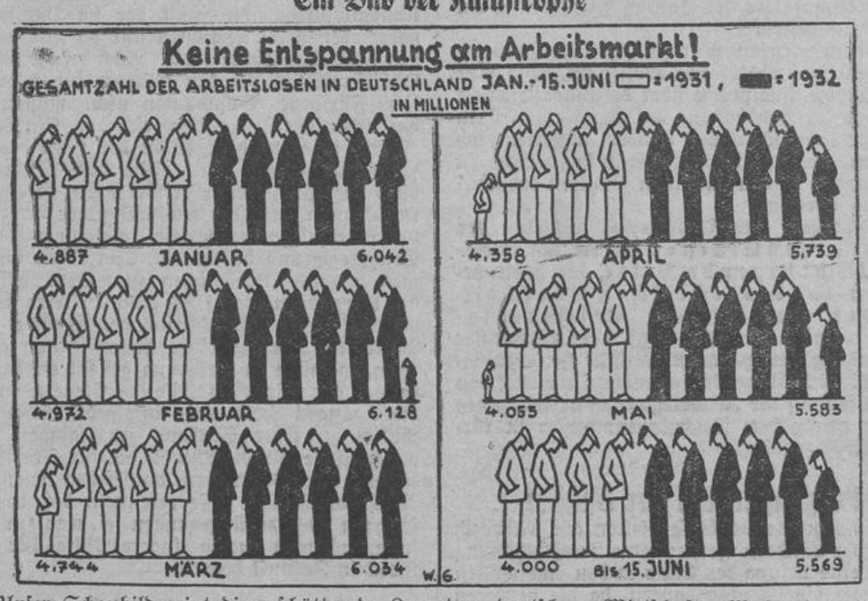
die Botschaft Hoovers sei ein Ausdruck der Ungeduld, mit dem die verantwortlichen amerikanischen Staatsmänner die Arbeiten der Abrüstungskonferenz verfolgten.

Frankreich halte an seiner bisherigen Auffassung fest.

Im Sinne der Entschließung der Völkerbundsversammlung von 1927 müsse man jetzt zu Abrüstungsvereinbarungen kommen, die dem gegenwärtigen Zustand der Sicherheit entsprächen und sofort verwirklicht werden könnten. Der Hooversche Plan entspräche vielleicht den letzten Zielen, die die gegenwärtige Etappe hinsichtlich der Abrüstung anstreben müsse. Die französische Delegation sei bereit, die Hooverschen Vorschläge zu prüfen, müsse aber den Vorbehalt machen, daß gleichzeitig die bekannten französischen Vorschläge auf dem Gebiete der Organisierung des Friedens zur Erörterung gestellt würden. Paul Boncour kritisierte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen den Hoover-Plan auch in seinen materiellen Einzelheiten. Er erklärte, eine schematische Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel würde für gewisse Länder Ungerechtigkeiten schaffen. Zum Schluß bemühte sich Paul Boncour um den Nachweis, daß Frankreich bereits weitgehend abgerüstet habe; er bemerkte zudem noch ausdrücklich, daß

der Hoover-Plan nicht durchgeführt werden

Ein Bild der Katastrophe



Unser Schaubild zeigt die erschütternde Lage der deutschen Wirtschaft. Während noch im Frühjahr und im Sommer letzten Jahres eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist, blieb dieses Jahr die erhoffte Entlastung aus. Die Wirtschaft ist auf einem Tiefstand angekommen, in dem sie nicht mehr in der Lage ist, nicht einmal mehr Saisonarbeitskräfte aufzunehmen.

Aus dem Parteileben

Die bisherige Zentrumsfraktion des Reichstages

hat in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung einstimmig eine längere Entschließung angenommen, in der sie zunächst „auf das schärfste gegen die durch die Maßnahmen des Kabinetts von Papen hervorgerufene Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und gegen die Eröffnung einer neuen Welle von Gewalttätigkeiten von links und rechts protestiert." Am Schluß der Entschließung heißt es: „Um schwerste Gefahren für die Nation zu verhüten, erwartet die Zentrumsfraktion gemäß der Ankündigung des Herrn Reichspräsidenten unverzügliches und wirksames Einschreiten der Reichsregierung im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die friedliebende Bevölkerung verlangt, daß der beginnende Wahlkampf frei von gewaltsamen Beeinflussungen vor sich gehen kann, und daß die politischen Maßregeln der Länder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung seitens der Reichsregierung keine Beeinträchtigung erfahren."

Der „Völkische Beobachter" veröffentlicht einen

Aufruf Adolf Hitlers,

in dem gesagt wird, daß nach den erfolgreichen Wahlkämpfen dennoch eine neue Welle von Unterdrückungen und Verfolgungen die NSDAP. treffe. Als verantwortlicher Führer der nationalsozialistischen Bewegung müsse er es daher ablehnen, mit diesen Parteien heute irgendeinen Pakt zu schließen.

Nationalsozialistische Stellungnahme zu den Vorgängen im Bayerischen Landtag

Die nationalsozialistische Partei veranstaltete am Dienstag eine Versammlung im Zirkusgebäude in München, um zu den Vorgängen im Bayerischen Landtag Stellung zu nehmen. Landtagsabgeordneter Wagner erklärte, die Aufmärsche der Nationalsozialisten in Uniform seien ihr gutes heiliges Recht gewesen. Die NSDAP. sei die sicherste Hüterin des Reichsgedankens. Die Gegner sollten wissen, daß für separatistische Ideen kein Platz mehr sei in Deutschland. Landtagsabgeordneter Esser erklärte, die Nationalsozialisten seien keine Gegner der Länderrechte, aber sie seien nicht gewillt, die Länderrechte zur Untergrabung der deutschen Reichseinheit mißbrauchen zu lassen. Bevor nicht die Vorgänge im Landtag völlig gesühnt seien, würden die Nationalsozialisten nicht mehr ins Parlament zurückkehren.

Arbeitsbeschaffung und Reichshaushaltsplan

Von zuständiger Stelle erhält das Contibüro einige Mitteilungen darüber, in welch starkem Umfange Mittel für die Arbeitsbeschaffung im Reichshaushaltsplan für das Jahr 1932 eingesetzt sind.

So sind in dem Etat vorgesehen für landwirtschaftliche Siedlung 50 Mill., für freiwilligen Arbeitsdienst 40 Millionen und für die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten rund 50 Mill.

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 sieht ferner für Straßenbau 60 Mill., für den Ausbau von Wasserstraßen 50 Millionen, für Meliorationen 25 Millionen vor.

Weiter ist von der Reichsregierung eine Bürgschaft übernommen worden, durch die 100 Millionen für Hausreparaturen und Teilung von Großwohnungen verfügbar sind.

In das kommende Etatsjahr fallen ferner Zahlungen für den ersten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung, der insgesamt 48 Millionen erfordert. Für den zweiten Bauabschnitt der vorstädtischen Kleinsiedlung ist ein Betrag von etwa 25 Millionen RM in Aussicht genommen.

Die Hauptpunkte des neuen Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen erst beschlossen werden, wenn der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister, die für diese Frage zuständig sind, aus Lausanne zurückgekehrt sind.

Die Rechtslage zur Einberufung des Ueberwachungsausschusses

Nach einer Contimeldung ist im Zusammenhang mit dem Streit, der in der Oeffentlichkeit um die Einberufung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags geführt wird, von den zuständigen Stellen die Rechtslage geprüft worden. Dabei hat sich ergeben, daß

die Einberufung des Ausschusses nur seinem Vorsitzenden, also dem Abg. Gregor Strasser, zusteht.

Damit entfällt auch die in Blättern enthaltene Ankündigung, daß die Einberufung durch den Reichstagspräsidenten Löbe vorgenommen werden dürfte, falls Gregor Strasser sich nicht bald zu ihr entschließen sollte. Nach Auffassung der zuständigen Stellen kommt eine solche Einladung durch den bisherigen Reichstagspräsidenten schon deshalb nicht in Frage, weil er nach der Auflösung nicht mehr in Funktion ist. Vielmehr ist der Ueberwachungsausschuß — mit seinem Vorsitzenden — während des Ueberganges die einzige verfassungsrechtlich zuständige Instanz. Aber auch er kann nach Auffassung von Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, keine Beschlüsse fassen, die den Entscheidungen des neuen Reichstages vorgreifen. Das ist besonders deshalb bedeutsam, weil jetzt auch der Abgeordnete Dr. Hertz im Namen der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses den Abg. Strasser erneut ersucht hat, den Ausschuß einzuberufen, und zwar mit der Begründung, daß die Transaktion der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. und die Uebernahme von Garantien für die Schiffahrt zur Sprache gebracht werden müßten.

Der deutsche Flottenbesuch in Danzig Polen beteiligt sich nicht an den Veranstaltungen

Aus Danzig, 22. Juni, wird gemeldet: Die polnische Regierung hat der Danziger Regierung heute die Absicht der deutschen Reichsregierung, deutsche Kriegsschiffe zu einem Besuch nach Danzig zu senden, amtlich übermittelt und gleichzeitig erklären lassen, sie habe durch ihren Gesandten in Berlin darauf aufmerksam machen lassen, daß sie den gegenwärtigen Augenblick für einen Besuch der deutschen Marine in Danzig aus mehreren ernsthaften Gründen nicht für angebracht erachte. Die polnische Regierung halte auch heute noch diesen Standpunkt aufrecht. Mit Rücksicht darauf wird sich der diplomatische Vertreter der Republik Polen, wie er der Danziger Regierung mitteilte, nicht an den Veranstaltungen anläßlich des deutschen Flottenbesuches beteiligen.

Die Danziger Regierung hat, wie bekannt, nach Eingang der amtlichen Meldung über den deutschen Flottenbesuch sofort die beteiligten Stellen zu der in den Verträgen vorgesehenen Programmbesprechung eingeladen. Das bei dieser Besprechung festgesetzte Programm wird nun auf diplomatischem Wege dem deutschen Gesandten in Warschau zur Weitergabe an die beteiligten deutschen Stellen übermittelt werden. Die deutschen Schiffe werden Donnerstag früh 8,30 Uhr auf der Danziger Reede eintreffen.

Der Eucharistische Kongreß in Dublin

Der internationale Eucharistische Kongreß wurde am Mittwochnachmittag feierlich von dem päpstlichen Legaten, Kardinal Lauri, in der Kathedrale von Dublin eröffnet. Tausende und Abertausende von Menschen erlebten

ein Schauspiel, das all die Tradition und Pracht der katholischen Kirche darbot.

In jeder Kirche der Stadt und ihrer Vororte wird das heilige Sakrament bis Mitternacht gezeigt. Scheinwerfer werden auf den nächtlichen Himmel Worte wie „adoremus" und „laudamus" schreiben.

Kardinal Lauri

ist über die Herzlichkeit seiner Aufnahme in Dublin begeistert.

Pilger aus allen Teilen der Welt

fluten weither nach der irischen Hauptstadt. Ein deutsches Schiff hat mit zahlreichen

deutschen Pilgern

den Bischof von Osnabrück sowie eine Anzahl anderer deutscher kirchlicher Würdenträger nach Dublin geführt. Unter den Hunderten von Pilgern aus Holland befinden sich der Erzbischof von Utrecht und eine Zahl hervorragender holländischer Prälaten. Kardinal Lapitrano, Erzbischof von Palermo, Kardinal Verdier, Erzbischof von Paris, Kardinal Hayes, Erzbischof von Newyork, Kardinal Dougherty, Erzbischof von Philadelphia, Kardinal Hlond, Erzbischof von Gnesen und Posen, der Erzbischof von Boston, O'Connell, und der Erzbischof von Mecheln, van Roey, nehmen an dem Kongreß teil, sodaß Dublin die ansehnlichste Versammlung kirchlicher Würdenträger, die seit Jahrhunderten außerhalb Roms stattgefunden hat, beherbergt.

Telegramme aus Doorn

„Algemeen Handelsblad" übt Kritik daran, daß der ehemalige deutsche Kaiser in dem Augenblick, in dem man in Lausanne gegenseitig sehr ernste Anstrengungen macht, um die so sehr notwendige Entspannung in der internationalen Lage zustande zu bringen, es für angemessen gehalten habe, von Haus Goorn aus durch Telegramme an ehemalige Teilnehmer am Weltkriege von sich reden zumachen. Wie zuverlässig verlautet, soll man sich auch in Haager Regierungskreisen mit der Frage beschäftigen, ob aufgrund des obigen Vorganges Vorstellungen im Haus Doorn erhoben werden sollen.

Große Anschlußkundgebung in Wien



Als Abschluß des „Deutschen Turnen" im Wiener Stadion fand die bisher größte und eindrucksvollste Kundgebung für den Anschluß an Deutschland statt. Unsere Aufnahme zeigt eine Abordnung aus den abgetrennten Gebieten Oberschlesiens: die früher deutschen Turnbrüder aus Ratibor überreichen ihre über die polnische Grenze geschmuggelte Turnerfahne zur Aufbewahrung dem Wiener Turngau.

Immer wieder Zusammenstöße

Eine Saalschlacht in Andernach

In einer öffentlichen, von den Nationalsozialisten einberufenen Versammlung, an der über 1 000 Personen teilnahmen, kam es am Dienstag abend in Andernach zu einem ungeheuren Tumult, der in eine regelrechte Saalschlacht ausartete. Als der frühere Antifaschistenführer Rathmann, der lange Jahre in Rußland weilte, über die dortigen Verhältnisse sprach, wurde er als Lump und Verräter bezeichnet. Die zahlreichen, aus der Umgegend zusammengezogenen SA-Leute versuchten nun, die Zwischenrufer gewaltsam aus dem Saal zu entfernen. Es entstand eine wilde Panik, die in eine wüste Schlägerei ausartete, bei der auf beiden Seiten eine Anzahl Personen, davon einer durch einen Stich in den Kopf, schwer verletzt wurde. Einige Versammlungsteilnehmer stürzten aus dem Saal. Zahlreiche Stühle und Einrichtungsgegenstände, die als Schlagwaffen benutzt wurden, gingen in Trümmer. Die Unruhen dauerten noch stundenlang auf der Straße an und konnten schließlich durch Eingreifen der verstärkten Polizei unterdrückt werden.

An der Frankfurter Universität wurden die Vorlesungen abgebrochen

Aus Frankfurt a. M., 22. Juni, wird gemeldet: Trotz des gestern vom Rektor der Universität erlassenen Verbots des Uniformtragens versammelte sich heute vormittag vor der Universität eine größere Anzahl nationalsozialistischer Studenten in Uniform und sang das Horst-Wessel-Lied. Aus einem Fenster der Universität hielt ein nationalsozialistischer Student eine Ansprache. Im Ehrenhof kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten. Zwei Studenten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Polizei verhinderte weitere Ausschreitungen. — Die Vorlesungen wurden abgebrochen und das Universitätsgebäude vorläufig geschlossen.

Zu den Ausschreitungen gibt der Rektor der Universität, Prof. Madelung, eine Erklärung ab, in der er u. a. feststellte, daß die ganze Bewegung nicht von Studenten der Universität ausgegangen sei, sondern daß außerhalb der Universität stehende SA-Leute die Eindringenden gewesen seien. Wir mußten, so heißt es in der Erklärung, natürlich, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten, besondere Sicherungsmaßnahmen ergreifen. Ich hoffe aber, daß sich die Aufregung in dem Augenblick legen wird, wo Außenstehende sich nicht in den Universitätsbetrieb mehr einmischen.

Aus Anlaß der Zusammenstöße haben das Republikanische Kartell Frankfurt a. M., das Reichsbanner Gau Hessen-Nassau, die sozialdemokratische Partei, die Zentrumspartei und die Staatspartei an den Reichspräsidenten, den Reichsinnenminister und den preußischen Kultusminister ein Telegramm gesandt, in dem sie staatliches Eingreifen fordern.

Steinwürfe und Messerstiche in Kiel

In Kiel kam es zwischen Angehörigen der NSDAP, des Reichsbanners und Kommunisten, die in großen, zum Teil uniformierten Einzeltrupps die Straßen durchzogen, überall zu Schlägereien, bei denen mehrere Personen durch Steinwürfe und Messerstiche verletzt wurden. Die Polizei nahm zehn Verhaftungen vor.

Ein Toter in Berlin

Aus Berlin, 22. Juni, wird gemeldet: Allenthalben kam es hier heute nacht zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der radikalen Parteien und der Polizei. Im Südwesten der Stadt wurde ein 23jähriger Nationalsozialist so schwer angeschossen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Ein Flaggenkrieg in Varel

Aus Varel (Oldenburg), 21. Juni, wird dem Wolffbüro berichtet: Der Stadtrat hatte beschlossen, ab heute abend 18 Uhr aus Anlaß der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg für 14 Tage auf dem Rathaus die Hakenkreuzflagge zu hissen. Lange vor Beginn der Flaggenhissung hatten sich vor dem Rathaus mehrere hundert Kommunisten und Sozialdemokraten eingefunden. Als gegen 18 Uhr etwa 50 SA-Leute unter Vorantritt eines Trommler- und Pfeiferkorps vor dem Rathaus aufmarschierten, wurden sie an der Aufstellung gehindert und belästigt. Die Polizei, die die Kommunisten und Sozialdemokraten zurückdrängen wollte, wurde von der Menge tätlich angegriffen, worauf sie mit dem Gummiknüppel die Straße räumte. Einige SA-Leute wurden mit Flaschen beworfen und erheblich verletzt. Im Laufe des Abends kam es an verschiedenen Stellen der Stadt noch zu Ueberfällen auf SA-Leute, wobei etwa zehn SA-Leute verletzt wurden, darunter vier schwer. Ein Ueberfallkommando sorgte dann für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Neues Demonstrationsverbot in Hessen

Der hessische Innenminister hat wegen der in den letzten Tagen in Mainz, Worms und anderen Städten Hessens erfolgten politischen Ausschreitungen unter dem 20. Juni auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung mit sofortiger Wirkung im gesamten Gebiet des Volksstaates Hessen bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationsaufzüge, Umzüge, Durchmärsche und sämtliche Transporte aller Art, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, verboten.

Bestrafung von Demonstrationen in München

Der Schnellrichter verurteilte wegen der nationalsozialistischen Demonstrationen am Sonntag in München acht Nationalsozialisten zu insgesamt 17 Wochen Gefängnis. Die Höchststrafe waren drei Wochen Gefängnis für den Oberführer Freiherrn von Eberstein.

Ein Besuch des ehemaligen Kronprinzen in London?

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" befaßt sich mit einem Gerücht, wonach der vormalige deutsche Kronprinz London in naher Zukunft einen Besuch abzustatten beabsichtigen soll und behauptet, daß die zuständigen Behörden einen solchen Besuch genehmigen würden, sei keineswegs sicher, denn auch, wenn der vormalige Kronprinz erklären sollte, der Besuch sei rein privater Natur, so würde doch in England und anderswo die Auffassung entstehen können, daß dabei politische Ziele verfolgt werden.

Tatsache sei, so fährt das Blatt fort, daß neuerdings von Anhängern einer Wiedereinsetzung der Hohenzollern inoffizielle Sondierungen in verschiedenen Hauptstädten über die eventuelle Aufnahme eines solchen Ereignisses unternommen worden seien. Wie verlautet, sei die Auffassung geäußert worden, daß ein Schritt in dieser Richtung geeignet sein würde, die hoffnungsvollen Aussichten auf europäische Wiederversöhnung und Zusammenarbeit zu stören. An und für sich werde eine schließliche Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland vielleicht keine heftigen internationalen Rückwirkungen verursachen, vorausgesetzt, daß sie auf streng verfassungsmäßigem Wege und nicht gegen den Willen des Volkes zustande käme.

Kleine politische Nachrichten

Die Fischwirtschaft fordert einen Fischtag

Die Industrie- und Handelskammer in Wesermünde hat beim Reichsernährungsministerium angeregt, der Fischwirtschaft eine wirksame Hilfe dadurch zu bieten, daß ein Tag in der Woche zu einem „öffentlichen Fischtag" erklärt werde. Es wird vorgeschlagen, daß alle in Betracht kommenden Stellen des Heeres, der Marine und der Polizei, ferner Wohlfahrtseinrichtungen aller Art sowie Gefängnis und öffentliche Anstalten an dem „Fischtage" mittags nur Fischgerichte verabfolgen dürfen. Die Handelskammer ist der Ansicht, daß auf diese Weise das Schicksal dieses wichtigen Gewerbezweiges gebessert werden könne.

Der Abschluß des Gelsenkirchener Vertrages ohne Mitwirkung der Fachressorts

Von zuständiger Seite wird dem Conti-Büro in Ergänzung des amtlichen Berichtes über den Abschluß des Vertrages mit der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. mitgeteilt, daß die Vorbereitung und der Abschluß des Vertrages ohne die Mitwirkung und Mitzeichnung der beteiligten Fachressorts des Reichsfinanzministeriums erfolgt ist. Diese Feststellung gilt insbesondere auch für die Person des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk in seiner damaligen Eigenschaft als Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium. Einzelheiten über die Stellungnahme der Reichsregierung zu dem Vertrage werden erst nach Rückkehr der gegenwärtig in Lausanne weilenden Fachminister gesagt werden können.

Zu der Erklärung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Dietrich, er habe den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichswirtschaftsminister Warmbold über den Vertrag in Kenntnis gesetzt, wird von zuständiger Stelle weiter festgestellt, daß sowohl Professor Warmbold als auch der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg die Verantwortung für diesen Vertrag abgelehnt haben.

Statt jeder besonderen Anzeige



Heute morgen 2.30 Uhr entschlief sanft und ruhig, nach längerem Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Carl Urbahn

im Alter von 74 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen

Burscheid, Siegen, Wermelskirchen, den 22. Juni 1932.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juni, nachm. 3.30 Uhr, vom Sterbehause, Weierstr. 1, aus statt.

Mein ganzes Glück ist nun dahin,
Sein Trost, wenn ich verlassen bin,
Sein Mitleid, wenn ich leide.
Mir fehlt des Gatten rechte Hand,
Mir fehlt sein Herz, das mich verstand,
Mir fehlt des Lebens Freude.
Lieber Gatte, schlaf' in Ruh',
Meine Liebe deckt Dich zu,
Auf ewig unvergessen.

Todes-Anzeige

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief nach qualvollem Leiden im festen Glauben an seinen Erlöser mein guter, treusorgender Gatte, unser lieber Schwager, Onkel, Vetter und Freund

Otto Piel

sechs Tage vor Vollendung seines 45. Lebensjahres. Seine alte Mutter ging ihm ein Tag im Tode voraus. Wer ihn gekannt, weiß was ich verloren.

In tiefem Schmerz:

Frau Otto Piel
Elise geb. Boll.

Remscheid, Burscheid, Haan, den 21. Juni 1932.

Auf Wunsch des Verstorbenen findet die Beerdigung am Samstag im engsten Familienkreise statt.

Burscheider Krieger-Verein

Zur großen Armee abberufen wurde unser lieber treuer Kamerad

Carl Urbahn

im Alter von 74 Jahren.

Wir werden dem Entschlafenen ein dauerndes ehrendes Andenken bewahren.

I. A.: **Der Vorstand.**

Antreten der Mitglieder behufs Teilnahme an der Beerdigung am Freitag, den 24 Juni, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokale und ist es Ehrenpflicht aller Kameraden zu erscheinen. — Mütze, Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen.

Fußkranke

Unsere Orthopädie ist maßgebend.
Tausenden Fußkranken haben wir geholfen.

Rombelsheim
Opladen
Kämpchenstr. 11. Seit 1862. Düsseldorferstr. 3.

Freitag, den 24. und **Samstag, den 25. Juni,** findet im **„Hotel Kaiserhof" Burscheid** ein zweitägiger

Tischdeck- und Servierkursus

mit **gesellschaftl. Umgangsformen** statt.

Lehrprogramm: Serviettenbrechen, Vorstellen, Besuche empfangen, Decken von Kaffee-, Tee-, Mittag- und Abendtisch, die Festtafel mit Tafelschmuck, Aufklärung über Verhalten bei Besuchen und in allen Lebenslagen.

Abendkursus ab 8.15—10.15 Uhr.

Honorar ermäßigt für beide Abende auf 3 statt 5 Mark.

Anmeldungen nimmt zu jeder Zeit „Hotel Kaiserhof" entgegen. Leiterin Frl. V. v. Keitz, Telefon 416.

Bade Dich gesund!
Kurbad Hammerschmidt
Opladen, Humboldtstraße 19-23

Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr. Ärztlich geprüftes Personal. Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Wer zum

Teppicheinkauf

nach Köln fährt, versäume nicht, meine **Riesenlager im Teppichhaus Neumarkt** zu besichtigen. Meine Lager in **Gardinen, Stores, Dekorationsstoffen** werden Sie in Erstaunen setzen.

Teppichhaus Neumarkt
(Inhaber Ludwig Heidenheimer)
Köln, Neumarkt 14.

Clangor:
Die Schallplatte des Musikgebildeten!

Elektrisch aufgenommen
Doppelseitig spielbar
Schwerzerbrechlich

I. Meister der Musik:
(Große Oper, Konzert, Kammermusik, Gesang- und Instrumentalsoli, Historische Märsche, Klassische Operette)
25-cm-Platte jetzt **1.60** RM
30-cm-Platte jetzt **2.40** RM
zuzüglich Porto

II. Tanz-, Tonfilm- und Unterhaltungsmusik
25-cm-Platte jetzt **1.40** RM
zuzüglich Porto

Tonvollendete Aufnahmen Weltruf genießender Künstler und Kapellen!

Plattenverzeichnis kostenlos und unverbindlich!

Schallplatten-Volksverband
CLANGOR-SCHALLPLATTEN G.M.B.H.
Berlin - Charlottenburg 2
Berliner Straße 41-43

DIREKT VOM DER FABRIK!! DERNEEINKAUF!

Zur Erfrischung
an heißen Tagen

Rhein- und Moselweine

30er Bosenheimer	1/1 Fl.	50 ₰
30er Niersteiner Domtal	1/1 Fl.	70 „
30er Zeltinger Schloßberg	1/1 Fl.	70 „
30er Brauneberger Hasenläufer	1/1 Fl.	70 „
29er Ayler Herrenberg	1/1 Fl.	1.50
Wachst. Bischöfl. Konvikt 30er Wehlener Nonnenbg.	1/1 Fl.	1.50
29er Bernkastel. Rosenbg.	1/1 Fl.	1.70
Wachstum Thanisch		

Ia Rotwein

30er Dürkheimer Feuerbg.	1/1 Fl.	70 ₰

Apfelwein

Echter Frankfurter	1 Ltr.	35 ₰

Alkoholfreie Getränke

Sprudel	p. Fl.	23 ₰
Limonaden	p. Fl.	16 „
Selterswasser	p. Fl.	8 „

Fruchtsäfte

Himbeersaft	p. Pfd.	60 ₰
„	1/2 Ltr. Fl. 90	1/4 Ltr. Fl. 65 „
Erdbeersaft	p. Pfd.	70 „

Dortmunder Hansa-Bier hell **35** ₰ dunkel **34** ₰ per Flasche

Fürs Wochenende ‚GEG' Fleisch-Konserven

1 Ds Schw.-Pfot. u Ohren m. Sauerkr.	35 ₰	1 Ds. Goulasch a. Rind- u. Schweinefl.	64 ₰
1 „ „ „ m. w Bohnen	35 „	1 „ Fleischsalat 90	1/4 Pfd. 25 „
1 „ „ „ m gelb. Erbs.	35 „	1 „ Heringssalat 90	1/4 Pfd. 25 „
1 „ Eisbein mit Sauerkraut	54 „	1 „ Oldenburg. Bockwurst m Kraut	58 „
1 „ ger. Bauchspeck mit weiß. Bohn	48 „	1 „ „ „	5 Paar 90 „
1 „ „ „ gelb. Erbsen	48 „		

Sonderangebot in prima Kalbfleisch

Bollen-Nierenbraten	pr. Pfd.	70 ₰
Roteletts	pr. Pfd.	60 „
Brust und Kamm	pr. Pfd.	50 „
Kalbshaxe	pr. Pfd.	40 „

Außerdem **5 Proz. Rückvergütung auf alle Beträge**

Konsumgenossenschaft „EINIGKEIT"

Besseres, sauberes

Mädchen

in Küche und Haushalt erfahren, für dreiviertel Tage für kleinen herrschaftlichen Haushalt gesucht.

Pattscheid-Linde 4 1/4.

Knaben-Fahrrad

gut erhalten, umständehalber zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

2 schöne

Zimmer

(Parterre) in Burscheid zu vermieten. Angeb. unter **A. 10** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Verwendet die

KERNSEIFE

muß den Namen:

LUHNS

tragen, nur dann ist sie

„die beste"

Fahrpläne

zum Preise von 30 Pfennig sind zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr 145 2. Blatt Donnerstag, 23. Juni 1932

Mißstände im Versteigerungswesen

Es ist in der letzten Zeit wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß staatliche Vollstreckungseinrichtungen dazu mißbraucht wurden, um unter dem Deckmantel von Zwangsversteigerungen Ausverkäufe zu veranstalten (Versteigerungen im Wege des sogenannten „Schiebezwangs"). Gegen die Beteiligten ist in den hierzu geeigneten Fällen ein Strafverfahren wegen Betrugs oder Vergehens gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb eingeleitet worden. Um ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen, hat der Preußische Justizminister die erforderlichen Anweisungen an die ihm unterstellten Behörden, insbesondere die Gerichtsvollzieher, ergehen lassen. Häufig ist auch die Hilfe des Vollstreckungsgerichts in Anspruch genommen worden. Der „Gläubiger" erwirkte einen Beschluß nach § 825 der ZPO, in dem die Versteigerung einem Auktionator übertragen wurde. Dieser führte die Versteigerung, die nichts anderes als ein verschleierter Ausverkauf war, in der Regel mit großer Reklame durch. Mißtrauische Kauflustige wurden durch den Hinweis in den Zeitungsanzeigen beruhigt, die Versteigerung erfolge „auf Anordnung des Gerichts" oder „unter Aufsicht eines Gerichtsvollziehers".

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ersucht daher der Minister für Handel und Gewerbe die Regierungspräsidenten, die Polizeibehörden anzuweisen, die Tätigkeit der Versteigerer sorgfältig zu überwachen, und, falls sich dabei Tatsachen ergeben, die den Gewerbetreibenden als unzuverlässig erscheinen lassen, ihn zur Einstellung des Gewerbebetriebs aufzufordern, sowie für den Fall, daß er dieser Aufforderung nicht nachkommt, Klage auf Untersagung des Gewerbebetriebs im Verwaltungsstreitverfahren zu erheben. Ferner ersucht der Minister, den Polizeibehörden sorgsame Beachtung der verschiedenen Vorschriften über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Versteigerer zur Pflicht zu machen.

Keine einheitliche Linie

Ueber die Arbeitsmarktlage in der Rheinprovinz berichtet das Landesarbeitsamt Rheinland:

In der ersten Junihälfte hat die Zahl der Arbeitsuchenden insgesamt um 1900 abgenommen und betrug am Stichtag Monatsmitte 741 476. Dieser Rückgang setzt sich aus einer verschieden gearteten Bewegung auf dem männlichen und auf dem weiblichen Arbeitsmarkt zusammen. Die Gesamtzahl der männlichen Arbeitsuchenden hat einen Rückgang um über 2900 erfahren, dagegen hat sich die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden um rund 1000 erhöht.

Nach den Ergebnissen der Krankenkassenmitgliederstatistik für den 1. Juni 1932 ist die Zahl der Beschäftigten (ohne Ruhrbergbau) im Rheinland vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Juni 1932 von insgesamt 1 632 000 auf 1 654 000 gestiegen. Dagegen sank in dem gleichen Zeitraum die Zahl der weiblichen Beschäftigten von 604 000 auf 592 000. Wenn man die Beschäftigungszahl vom 1. Januar 1928 gleich Hundert setzt, ergibt sich für den 1. Januar 1932 ein Beschäftigungsindex von insgesamt 83, der sich bis zum 1. Juni 1932 auf 85 erhöhen konnte. Nach der Krankenkassenmitgliederstatistik hat sich also seit dem 1. 1. 1932 auf dem männlichen Arbeitsmarkt eine Zunahme um 34 000 Beschäftigte ergeben. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten an der Gesamtzahl betrug am 1. 1. 1928 33,4 Prozent, am 1. Januar 1932 37 Prozent und am 1. Juni 1932 36 Prozent. Es ergibt sich also für den weiblichen Arbeitsmarkt das Bild einer erheblich größeren Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse als bei den männlichen Beschäftigten. Aus der Anteilziffer, die sich in der Zeit vom 1. Januar 1928 bis 1. Juni 1932 von 33,4 auf 36 Prozent erhöhen konnte, ist weiter festzustellen, daß der Einbruch der Arbeitslosigkeit auf dem weiblichen Arbeitsmarkt bei weitem nicht die scharfen Formen angenommen hat, wie auf dem männlichen Arbeitsmarkt.

In der ersten Junihälfte ist eine einheitliche Linie in der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht festzustellen. 12 von den 38 rheinischen Arbeitsämtern hatten eine Steigerung der Arbeitsuchendenzahlen aufzuweisen, die sich in der Hauptsache in Arbeitsamtsbezirken ergaben, in denen die Textilindustrie, die chemische Industrie und zum Teil auch die Metallfeinindustrie einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des Beschäftigungsgrades besitzen.

Innerhalb der einzelnen Berufsgruppen hat der Bergbau eine geringe Steigerung der Arbeitsuchendenziffer aufzuweisen. Die Zahl der Arbeitsuchenden in der Hütten- und Walzwerkindustrie sowie in der Metallindustrie ist um rund 2000 zurückgegangen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß dieser Rückgang zu einem beachtlichen Teil auf die Wiederinbetriebnahme eines Hüttenbetriebes im Bezirk Moers zurückzuführen ist. Die Außenberufe mit Einschluß der ungelernten Arbeiter haben ebenfalls einen weiteren Rückgang ihrer Arbeitsuchendenziffer und zwar um rund 2000 erfahren. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ist um 11 909 auf 128 833 gesunken. Die Zahl der Krisenunterstützten blieb ungefähr stabil mit 212 191. Durch diese beiden Unterstützungsarten wurden am 15. Juni 1932 rund 48 Prozent der Arbeitsuchenden betreut.

Aus der Gemeinde Witzhelden

Gebirgsfest des Vereins „Bergisch Land"

Der Verein „Bergisch Land" ladet zur Jahreshauptversammlung und zum 8. Gebirgsfest auf Sonntag, den 24. Juli, nach Witzhelden ein. Der Jahreshauptversammlung schließt sich unmittelbar die Hauptversammlung des „Bergischen Ski-Verbandes" an. Den geschäftlichen Beratungen folgt traditionell das Gebirgsfest mit gemeinsamem Kaffeetrinken, Gesangsvorträgen, Volkstänzen, Darbietungen der Jugendgruppen und Tanz.

Tagung der Krankenkassen

Der Rheinische Landesverband des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V., Sitz Düsseldorf, hielt vor einigen Tagen in Köln seine 26. ordentliche Mitgliederversammlung ab, die in diesem Jahre den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend in Form einer eintägigen Arbeitssitzung im Kongreßgebäude des Ausstellungsgeländes stattfand. Die Tagung war gut besucht.

Den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1931 erstattete Herr Verbandsgeschäftsführer Walter-Düsseldorf. Im Anschluß daran wurde die Jahresrechnung des Landesverbandes für das Jahr 1931 von der Versammlung genehmigt und Vorstand und Verwaltung des Landesverbandes einstimmig Entlastung erteilt. Herr Landesprüfer Taprogge-Düsseldorf berichtete über die Revisionen der Mitgliedskassen im Jahre 1931.

Sodann sprach Herr geschäftsführender Vorsitzender Helmut Lehmann-Berlin über die Zukunft der Krankenversicherung. Er führte einleitend aus, daß es bald 50 Jahre sein würden, seit die reichsgesetzliche Krankenversicherung eingeführt wurde. Sie habe sich zu einem stolzen Gebäude entwickelt. Leider erfahre sie jetzt durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse empfindliche Rückschläge. Sie stände aber nicht vor dem Bankrott, wie die neue Reichsregierung u. a. in ihrer Regierungserklärung dargelegt habe. Redner unterzog sodann die Lage der Krankenversicherung, wie der Sozialversicherung überhaupt, einer eingehenden Betrachtung. Jede Regierung der nächsten Jahre, wie sie auch aussehen würde, wird von der Sorge der Milderung der Arbeitslosigkeit beherrscht sein müssen. Auch die neueste 5. Notverordnung enthalte Maßnahmen, die dazu beitragen sollen, den Ausgabe-Etat der Arbeitslosenversicherung in Einklang zu bringen mit der Einnahmeschrumpfung. An den Barleistungen der Krankenversicherung könne nicht mehr gespart werden, auch die Wochenhilfe-Unterstützung müsse in demselben Ausmaße erhalten bleiben. Wohl müßten Senkungen bei den Kosten der Krankenhausbehandlung, für die Aerzte, Zahnärzte, für Arzneien usw. eintreten. Bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen sei bereits eine kleine Senkung zu beobachten. Da die Verwaltungskosten der Ersatzkassen 15 Prozent betragen und die der privaten Krankenkassen 48 Prozent, könne man behaupten, daß die Krankenversicherung die billigste Verwaltungseinrichtung sei. Wenngleich die Zukunftsaussichten für die Krankenversicherung recht trübe seien und man mit den Notzeiten auch weiterhin zu rechnen habe, könne man doch das Vertrauen zu den Vorständen der Krankenkassen haben, daß sie sich wie bisher, so auch fernerhin den ständig wechselnden Ereignissen anpassen werden. Vom Gesetzgeber müsse Vertrauen zur Krankenversicherung verlangt werden.

Keine Arbeitsmarktentlastung

trotz zahlreicher Wiedereinstellungen

Ueber die Entwicklung des Arbeitsmarktes im unteren Rhein-Wupper-Kreis in der Zeit vom 1.—15. Juni berichtet das Arbeitsamt Opladen:

Eine erfreuliche Zahl von Wiedereinstellungen war in verschiedenen Industrien zu verzeichnen. Allerdings steht dem gegenüber ein zahlenmäßig starker Zugang, so daß eine Entlastung des Arbeitsmarktes leider nicht zu verzeichnen ist. Die Zahl der entlassenen Eisenbahner im Arbeitsamtsbezirk beträgt rund 300. Es handelt sich vorwiegend um Leute von 40—50 Jahren (178) im Alter unter 40 Jahren sind 63, über 50 Jahre 60 der Entlassenen.

In den Arbeiten an der Autostraße war eine Stockung eingetreten, die die Entlassung zahlreicher Notstandsarbeiter notwendig machte, jedoch hoffentlich bald behoben sein wird.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt 3973 (Alu 1725, Kru 2248) gegen 3931 am vorigen Berichtstage. Weibliche sind 719 gemeldet.

Landwirtschaft: Die Nachfrage nach Landarbeitern, Pferdeknechten und Knechten, die melken können, ist lebhafter geworden. Alle offenen Stellen konnten besetzt werden. Nach Melkern ist wenig Nachfrage.

Steine und Erden: Einzelne Betriebe sind gut, doch nicht voll beschäftigt. In den Ziegeleien sind keine Einstellungsmöglichkeiten.

Hütten- und Walzwerkindustrie: Die Lage ist unverändert.

Metallindustrie: Bei der Maschinenfabrik in Manfort Wiedereinstellungen. Einzelne Heimarbeiter erhielten Aufträge.

Chemische Industrie: In Leverkusen Entlassungen aus den verschiedensten Betrieben. In der Sprengstoffindustrie konnten Einstellungen erfolgen.

Spinnstoffgewerbe: In der Weberei Schlebusch Wiedereinstellungen von Arbeitskräften. In Leichlingen wurden etwa 50 Färbereiarbeiter entlassen.

Holzgewerbe: Eine Besserung ist nicht zu verzeichnen.

Nahrungs- und Genußmittel: Einzelne jüngere Bäcker konnten die Arbeit aufnehmen.

Bekleidungsgewerbe: Die Schneider sind zum größten Teil noch beschäftigt.

Die Schuhfabrik in Burscheid konnte eine Anzahl der kürzlich entlassenen Arbeitskräfte wieder einstellen.

Baugewerbe: Bei starker Fluktuation ist eine absteigende Tendenz im Baugewerbe zu verzeichnen. Die Zahl der Zugänge ist stärker als der Abgang.

Verkehrsgewerbe: Für Kraftfahrer ist wenig Vermittlungsmöglichkeit, vereinzelt Nachfrage nach Aushülfen. Für die entlassenen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter dürfte sich nur schwer eine neue Arbeitsmöglichkeit bieten.

Lohnarbeit wechselnder Art: Die Störung im Fortgang der Arbeiten an der Autostraße machte sich für die Gruppe der ungelernten Arbeiter besonders schmerzlich bemerkbar. Die Herstellung der Straßendecke bei der Straße Berg. Neukirchen—Leichlingen macht die Einstellung einer Anzahl Notstandsarbeiter erforderlich.

Angestellte: Der Zugang ist nicht zahlenmäßig stark, hält aber an. Es bestehen fast keine Vermittlungsmöglichkeiten.

Weibliche Abteilung: Der Arbeitsmarkt für Hausangestellte ist gut. Die Nachfrage ist lebhaft, es konnten alle offenen Stellen besetzt werden. Der Zugang an Arbeiterinnen war am stärksten aus der Schuhwarenindustrie. Die Schuhindustrie nahm Wiedereinstellungen vor. Aus den Nebenbetrieben der chemischen Industrie kamen Entlassungen, ebenso aus Betrieben der Spinnstoffindustrie in Leichlingen, Langenfeld und Immigrath.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 22. Juni

Frühkartoffeln 5,6—6,8; Frühkartoffeln kleine 4,3—4,8; Sommerspinat 4,3; Maiwirsing 5,1—7; Spitzkohl 10,2—11,2; Dicke Bohnen 7,5—9,9; Erbsen 17,6—28,4; Salaterbsen 33—36; Spargel Auslese: 35,1; Spargel 1. Sorte 26,1—29,1; Spargel 2. Sorte 20,3—21,7; Spargel 3. Sorte 12,8; Rübstiel 7—7,7; Schnittgemüse 2,6—3,1; Stachelbeeren 13; Kirschen 21; Erdbeeren 25,2—33,2 pro 100 Pfund; Radies 1,1; Suppengrün 1,6; Rote Möhren 5,3—7,2 pro 100 Bund; Blumenkohl 1. Sorte 27—30; Blumenkohl 2. Sorte 10,8—15,1; Kopfsalat 1. Sorte 3,1—6,1; Kopfsalat 2. Sorte 1—2,9; Treibhausgurken 1. Sorte 14—18,6; Treibhausgurken 2. Sorte 11; Kohlrabie blau 1. Sorte 5,5—7,3; Kohlrabie blau 2. Sorte 2,5—3,8; Kohlrabie weiß 2,3—4,1; Hühnereier 6,4—7; Enteneier 5,2—5,3 pro 100 Stück; Petersilie 1,4 pro 100 Bund; Suppenhühner 0,62—0,63 pro Pfund.

Tendenz: Anfuhr gut, Nachfrage gut.

Nächste Versteigerung Freitag, den 24. Juni.

Aus der Heimat

Jugendtreffen auf Schloß Burg

Die Jugendverbände der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Gau Rheinland, Westfalen und Lippe hielten am Sonntag auf Schloß Burg einen Jugendtag ab, der durch eine Abendfeier im Kaisersaal in Solingen am Samstag eingeleitet wurde. Weit über 1000 Teilnehmer hatten sich eingefunden. Gewerkschaftssekretär Meier hielt im Burghof die Ansprache und forderte die Jugend auf, alle Angriffe gegen die Rechte der Arbeiterschaft sowie auch gegen die Reichsverfassung abzuwehren.

Verbandstag des Deutschen Fleischerverbandes

Zur Teilnahme an dem vom 24. bis 30. Juni in Dortmund stattfindenden Verbandstage des Deutschen Fleischerverbandes, verbunden mit einer Ausstellung und Fachmesse, werden von den Fahrkartenausgaben Sonntagsrückfahrkarten nach Dortmund — soweit sie aufliegen — verkauft. Die Fahrkarten gelten am 24. Juni (Freitag) von 0 Uhr an bis 24 Uhr (Beendigung der Rückreise), am 25. Juni (Samstag) von 0 Uhr an (bis 27. Juni 9 Uhr), am 28. Juni (Dienstag) von 0 Uhr an (bis 30. Juni 9 Uhr).

Am 24. Juni, am 25. Juni von 0—12 Uhr und 28. Juni von 0—12 Uhr werden Sonntagskarten nur gegen Vorlage von Ausweisen zum Verbandstag oder zur Messe erhältlich bei den vom Verbande eingerichteten Vorverkaufsstellen abgegeben.

Ein übler Betrüger verurteilt

Ein eleganter junger Mann, dem niemand ansah, daß er schon viele Vorstrafen hat, wurde von dem Erweiterten Schöffengericht in Solingen verurteilt. Der junge Mann war Vertreter einer großen Nähmaschinenfirma. In zahlreichen Gemeinden des Bergischen Landes betrieb er seine Schwindeleien. Gewöhnlich machte er es so, daß er die erste Rate für eine verkaufte Maschine in Höhe von 16 RM an seine Firma abführte. Von der zweiten Rate in Höhe von 41 RM überwies er jedoch nur 4 RM. Säumigen Zahlern holte der Vertreter die Maschinen einfach wieder aus dem Hause und verkaufte sie anderwärts weiter, ohne das die Firma davon etwas erfuhr. Das Urteil lautete auf sieben Monate Gefängnis.

Keine lustigen Abende mehr

Der Westdeutsche Rundfunk muß ab 9. Juli seine Lustigen Abende in der seit Jahren üblichen Form einstellen, da nach dem neuen Tarifvertrag, der zwischen dem Internationalen Variete-Direktoren-Verband und der Internationalen Artisten-Loge abgeschlossen wurde, Artisten, die im Sendegebiet auftreten, nicht mehr mitwirken können.

In einem Kommentar, den der erste stellvertretende Vorsitzende der IAL, Bernhard Croe, in dem Fachblatt „Das Programm" veröffentlicht heißt es: Ferner ist es dem Artisten während der Dauer des Engagements nicht gestattet, anderweitig aufzutreten, es sei denn, unter dem gleichen Dach des Unternehmers.

Unter dieses Verbot fällt auch die Mitwirkung bei Veranstaltungen des Rundfunks und das Auftreten in aus § 32 der RGO konzessionierten Theatern.

Damit tritt praktisch eine Rundfunksperre ein für sämtliche am Kabarett und Variete verpflichteten Künstler.

Durch diesen Tatbestand ist der Westdeutsche Rundfunk gezwungen, die Lustigen Abende ab 9. Juli einzustellen und dafür andere volkstümliche, den Lustigen Abenden ähnliche Veranstaltungen zu bringen.

Aus dem Bausparkassenwesen

In der am vergangenen Sonntag stattgehabten Generalversammlung der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbauten, Aachen, waren 82 Aktionäre mit 250 Aktien vertreten. Die

vorgelegte Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1931 schließt in Aktiva und Passiva mit einem Betrage von 715 817,06 RM ab.

Aus dem sich ergebenden Gewinn von 8 778,50 RM werden 5 Prozent satzungsgemäß dem Reservefonds zugewiesen; die Höhe der Dividende wurde auf 3 Prozent festgesetzt. Dem Vorstand und Aufsichtsrat erteilte die Generalversammlung einstimmig Entlastung.

Auf Grund der Notverordnung vom 19. September 1931 (Art. VIII) und um bei der Neuwahl auch den auswärtigen Bezirken Gelegenheit zu geben, im Aufsichtsrat vertreten zu sein, trat der alte Aufsichtsrat zurück.

Beendigung der Spielzeit der Kölner Bühnen

In einer Sitzung des Großen Theaterausschusses wurde auf Vorschlag des Intendanten der Schluß der Spielzeit für das Schauspiel auf den 30. Juni, für die Oper auf den 3. Juli festgesetzt. Die Oper beginnt dann am 4. Juli mit der Sommerspielzeit (bis 20. Juli). Der Wiederbeginn der Spielzeit ist für das Schauspiel auf den 10. September, für das Opernhaus auf den 7. September festgesetzt.

Ferienreisende und Stimmscheine

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, können auch Ferienreisende aus ihrem Ferienort bei ihrem zuständigen Wahlbezirk Ausstellung der Stimmscheine beantragen. Die Stimmscheine werden ihnen auf Reichskosten zugesandt. Etwaige Anfragen über Eintragung in die Wählerlisten werden von den Gemeindebehörden beantwortet, wenn Rückporto beiliegt. Außerdem können nicht nur die Wähler selbst, sondern auch andere beauftragte Personen die Wählerlisten einsehen.

Sanitäter in Koblenz

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal gibt bekannt, daß zur Teilnahme an der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz vom 1.—4. Juli ds. Js. in Koblenz an die Mitglieder der Sanitätskolonnen Sonntagsrückfahrkarten nach Koblenz oder Ehrenbreitstein mit Gültigkeit vom 2. Juli 00 Uhr bis 4. Juli 9 Uhr (Antritt der Rückfahrt) ausgegeben werden.

D. Greeven Oberkonsistorialrat

Dem langjährigen Mitglied des Rheinischen Konsistoriums, D. Greeven, der vor allem im Kreise der rheinischen Pädagogen als Leiter des Schuldezernats im Konsistorium bekannt ist, wurde vom Kirchensenat der Altpreußischen Landeskirche, in dessen letzter Sitzung der Titel Oberkonsistorialrat verliehen.

Auffindung von Registrier-Ballonen

In einem besonderen Erlaß weist der preußische Minister des Innern darauf hin, daß zur Sicherung der Luftfahrt und zu wissenschaftlichen Zwecken von verschiedenen meteorologischen Instituten im Deutschen Reiche mittels Ballonen und Drachen Instrumente aufgelassen werden, die die Temperatur und andere Wetterelemente selbsttätig aufzeichnen. Die Finder solcher Ballone oder Drachen mit Registrierinstrumenten werden gebeten, die an denselben befindlichen Anweisungen genau zu befolgen. In diesen Anweisungen ist stets die Drahtanschrift oder der Fernruf des infrage kommenden Instituts enthalten. Dem Finder werden die Unkosten für die Benachrichtigung erstattet. Bei richtiger Behandlung der Instrumente, die genau angegeben wird, erhält der Finder außerdem eine Belohnung. Die Ballone, Drachen, sowie die mitgeführten Apparate sind Staatseigentum. Böswillige Beschädigung oder Entwendung wird strafrechtlich verfolgt. Es wird noch darauf hingewiesen, daß sich an diesem Ballonaufstiegsbetrieb alle Kulturstaaten beteiligen. Das Wiederauffinden der Registrierballone ist deswegen für die internationale Kommission besonders wertvoll. Die richtige Behandlung und Rücksendung der aufgefundenen Ballone wird deshalb auch von hier aus besonders empfohlen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Autounfall mit tödlichem Ausgang

Langenfeld, 23. Juni. Einem sehr bedauerlichen Unfall fiel der Kaufmann Fritz B. aus Benrath zum Opfer. Er befuhr am 18. Juni mit seinem Kraftwagen aus Richtung Opladen kommend, unsere Gemeinde. In der Opladener Straße in Reusrath fuhr B. mit voller Wucht gegen einen Baum. Der Inhalt des Wagens wurde zum Teil auf die Straße geschleudert. B. suchte die Ware mit Hilfe eines Anwohners wieder zusammen. Er hatte innere Verletzungen erlitten, die ihn aber zunächst nicht weiter behinderten. Nach Anlegung eines Verbandes fuhr er mit einem anderen Kraftwagen nach Hause, wo er seine Geschäfte erledigte. Plötzlich stellten sich starke Schmerzen ein, weshalb er das Krankenhaus aufsuchte. Dort ist er gestern an den erlittenen Verletzungen, die zunächst nicht bedenklich schienen, gestorben.

Ein rabiater Mieter

Monheim, 23. Juni. Im Jahre 1922 war durch das Wohnungsamt ein Mieter zwangsweise bei einem Hauseigentümer in der Niederstraße einquartiert worden. Aus diesem unerquicklichen Verhältnis entwickelten sich Streitigkeiten und mehrfach kam es zu Tätlichkeiten. Ein besonders wüster Auftritt dieser Art ereignete sich am 12. Oktober, wo der Mieter nach einem Wortwechsel den Hauseigentümer mit einem Spaten schlug und verletzte. Er war deshalb vom Amtsgericht in Opladen mit einer Strafe von 60 Mark bestraft worden und legte hiergegen Berufung ein. Das Berufungsgericht ließ die Strafe jedoch bestehen und führte dabei aus, es würde den Angeklagten zu einer erheblichen Freiheitsstrafe verurteilen, wenn der Angeklagte zur Aburteilung in erster Instanz vor diesem Gericht gestanden haben würde.

Chemische Fabrik brannte

Wermelskirchen, 23. Juni. Mittwoch morgen geriet die chemische Fabrik Dr. Eckhoff in Brand. Das Feuer fand in den im Fabrikraum lagernden Materialien reiche Nahrung, so daß die Flammen im Augenblick den Dachstuhl erfaßt hatten. Die Firma stellte in der Hauptsache Gummilösung für die Schuhfabrikation her. Der ganze Fabrikraum ist ausgebrannt. Glücklicherweise konnte das Feuer die Lagerräume, die feuersicher von den Fabrikationsräumen abgetrennt sind, nicht erreichen. Der Schaden ist sehr beträchtlich, aber durch Versicherung gedeckt. Die Fabrik wurde erst vor zwei Jahren errichtet.

50 Jahre Pfarr-Cäcilienchor

Wermelskirchen, 23. Juni. Der Pfarr-Cäcilienchor, der hinsichtlich seiner Größe und seinen Leistungen unter den hiesigen Gesangvereinen mit in vorderster Linie steht, kann im Oktober sein Goldenes Jubiläum begehen. Der Verein plant, das Jubiläum durch ein großes Festkonzert zu begehen.

Der Burger Haushalt

Burg a. d. W., 23. Juni. In dem neuen, von der Verwaltung jetzt fertiggestellten Haushaltsplan spiegelt sich der industrielle Rückgang im vergangenen Jahre wieder. Obgleich alle nur möglichen Einsparungen vorgenommen wurden, konnte der Haushaltsplan dennoch nicht ausgeglichen werden. — Den Gesamteinnahmen von 182 900 RM stehen 210 400 RM Ausgaben gegenüber. Der diesjährige Fehlbetrag beläuft sich auf 27 500 RM, hierzu kommt ein Fehlbetrag von rund 10 000 RM aus den beiden Vorjahren, so daß die fehlende Gesamtsumme 37 500 RM beträgt.

Aus der näheren Umgebung

Solingen

Die Verfehlungen bei den städtischen Straßenbahnen vor den Solinger Stadtverordneten

Gestern nachmittag wurden in der Stadtverordnetenversammlung in dreistündiger Aussprache erstmalig die Verfehlungen bei den städtischen Straßenbahnen Solingen besprochen, die schon einige Jahre zurückliegen, aber erst vor einem Jahre aufgedeckt wurden. Der im Mai ds. Js. eingesetzte achtgliedrige Untersuchungsausschuß stellte fest, daß durch Fehler und Nachlässigkeiten von drei führenden Beamten, den Beigeordneten Krenzer, dem Direktor Take und dem Betriebsingenieur Löscher, ein Schaden entstanden sei, der sich auf rund eine halbe Million Mark belaufen soll. Von dieser Summe seien etwa 300 000 Mark je zur Hälfte einer Solinger und einer Kölner Baufirma auf unrechtmäßige Weise zugute gekommen. Gegen diese beiden Firmen schwebe ein Strafverfahren, das aber noch nicht entschieden sei. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung stellten die Kommunisten den Antrag, gegen den Beigeordneten Krenzer ein Disziplinarverfahren einzuleiten, dessen Pension zu beschlagnahmen und die beiden Beamten der Straßenbahn fristlos zu entlassen. Ueber den Antrag wurde aber nicht abgestimmt, weil er über die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung hinausgehe. Bürgermeister Brisch wolle erst das Ergebnis der Zivilprozesse abwarten, um alsdann die nötigen Konsequenzen zu ziehen, soweit sie die drei Beamten beträfen. Die Kommunisten hatten auch im Hinblick auf diese Stadtverordnetenversammlung zu Demonstrationen aufgerufen. Ueberall bildeten sich Züge von Kommunisten. Die Polizei griff aber frühzeitig und rücksichtslos durch und es gelang ihr, ohne von der Schußwaffe Gebrauch machen zu müssen, die Ansammlungen zu zerstreuen, sodaß in den Abendstunden Ruhe herrschte.

Remscheid

Der entsprungene Zuchthäusler wieder gefaßt

Einer der am 1. Juni ds. Js. aus der Strafanstalt Lüttringhausen entwichenen Strafgefangenen, der Arbeiter Johann Kozialkowski, ist in der Gegend von Kleve wieder festgenommen worden. Man hat ihn vorläufig in das Klever Gefängnis eingeliefert. Von dort wird er nach Lüttringhausen zurückgebracht, wo er noch eine mehrjährige Zuchthausstrafe wegen Eigentumsvergehens zu verbüßen hat.

Wuppertal

Teure Zigaretten

Wegen Schmuggels von etwa 75 000 Zigaretten aus Belgien verurteilte das Erweiterte Schöffengericht in Wuppertal den Maurer Pfeifer und den Reisenden Naujoks, beide aus Elberfeld, zu 22 000 und 53 000 Mark Geldstrafe. Ein anderer Schmuggler, bei dem die Zollbeamten 2000 Zigaretten vorfanden, erhielt 3200 Mark Geldstrafe und drei Monate Gefängnis.

Zwei internationale Taschendiebe festgenommen

Einen guten Fang machten Fahndungsbeamte der Reichsbahndirektion Wuppertal, die vor einigen Tagen im Eilzuge 63 Köln—Wuppertal—Soest zwischen Elberfeld und Barmen zwei internationale Taschendiebe festnahmen. Die beiden Männer benutzten mehrmals in der Woche den Zug, um den Reisenden die Brieftaschen zu entwenden. Beide gingen dabei so vor, daß während des Ein- und Aussteigens auf größeren Stationen einer von ihnen im Gang des Eilzugs eine Stokkung hervorrief, indem er sich bückte und den Anschein erweckte, als habe er etwas verloren und suche es. Wenn sich dann Reisende bemühten, verstand es der Komplize geschickt, ihnen die Brieftasche zu entwenden. Es handelt sich um einen 34jährigen Kaufmann aus Chisnau in Rumänien und einen 31 Jahre alten Kaufmann aus Tarnow (Galizien). Beide sind wohnungslos, kamen aber meist von Köln. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie von Köln aus auch noch andere Strecken befuhren und dort ihr unsauberes Gewerbe ausübten. Die Entdeckung geschah dadurch, daß einer der Bestohlenen sich genau der Vorgänge erinnerte und sie der Polizei mitteilte, die dann am Samstag dem Zug besonderes Augenmerk schenkte und die beiden Taschendiebe in Elberfeld auf frischer Tat festnehmen konnte.

Düsseldorf

Kommunistisches Waffenlager beschlagnahmt

Der Polizei gelang es, das Waffenlager einer kommunistischen Gruppe auszuheben. Nachdem tags zuvor in der Kölner Straße mehrfach aus der Mitte kommunistischer Demonstranten auf Polizeibeamte geschossen worden war, wurden die Wohnungen bekannter Kommunisten beobachtet, darunter auch die Häuser Kölnerstraße 126 und 127. Eine Durchsuchung der Wohnräume hatte den Erfolg, daß bei einer gewissen Irmgard Brand außerordentlich gefährliche Waffen und eine große Menge Munition aufgefunden wurde. Im Laufe der weiteren Ermittlungen wurde ein gewisser Carl Sieberg wegen dringenden Verdachtes, die Waffen in seinem Besitz gehabt zu haben, festgenommen.

Düsseldorf. Eine Greisin im Auto vom Tode überrascht. Mittags erlitt eine bisher unbekannte 65 bis 70 Jahre alte Frau während einer Autofahrt einen Herzschlag und war sofort tot. Da die Frau irgendwelche Ausweispapiere nicht bei sich führte und auch die dem Chauffeur mitgeteilte Adresse falsch war, wurde sie den städtischen Krankenanstalten zugeführt.

Düsseldorf. Betriebsame Ladendiebinnen. Hier wurden drei Frauen wegen Ladendiebstahls festgenommen. Die drei Beschuldigten wurden bei der Firma Tietz beim Diebstahl von Sachen überrascht. Eine der Frauen hatte für ungefähr 200 Mark Kleiderstoffe, Seiden, Damenhüte usw. bei sich, die sie bei Tietz und Leeser gestohlen hatte.

Düsseldorf. Eine Artistin als Betrügerin. Die sich hier ohne feste Wohnung aufhaltende Artistin Luise L. wurde wegen Betruges festgenommen. Sie hat versucht, auf Grund eines gefälschten Briefes in einem hiesigen Krankenhaus den Betrag von 180 RM. zu erschwindeln. Ein bisher noch unbekannter Mittäter rief vorher telephonisch in dem betreffenden Krankenhaus unter dem Namen eines hiesigen Pfarrers an und bat die Oberin, ihm den Betrag von 180 RM. für zwei Tage zur Verfügung zu stellen. Kurz nach dem Anruf erschien dann die L. mit einem Briefe des angeblichen Pfarrers, um das Geld abzuholen. Die Oberin, die aber inzwischen Verdacht geschöpft hatte, rief den Pfarrer an und es stellte sich heraus, daß es sich um einen Schwindel handelte. Die Betrügerin wurde daraufhin festgenommen.

Köln

Köln. August Wilfert gestorben. Der Ehrenpräsident des Kölner Männergesangvereins, August Wilfert, ist wenige Tage vor seinem 88. Lebensjahre, nach längerem Krankenlager gestorben.

Köln. Von der Autostraße Köln-Bonn. Mit der Herstellung des Verkehrskreises der Autostraße Köln—Bonn an der Kreuzung der Bonner Straße mit der Militärringstraße in Köln ist jetzt begonnen worden. Er hat einen Mitteldurchmesser von 110 Meter. Die Fahrbahn des Verkehrskreises ist 10 Meter breit. Die Autostraße soll Anfang August eröffnet werden.

Köln. Der kommende Winterspielplan der Kölner Oper. Im Isabellensaal des Gürzenich fand die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde der Kölner Oper, e. V., statt. Bei Erörterung der Opernfrage im allgemeinen hob der Vorsitzende des Vereins, Geheimrat Brecht,

Plauderei aus dem Bergischen Von Landrat Lukas

Ueber alle Not der Zeit hinaus ist gemeinsam den Bergern, von Düsseldorf an, der alten Hauptstadt des bergischen Landes, über das Wuppertal hinaus bis ins Oberbergische nach Gummersbach und andererseits bis zur Ruhr, die Liebe zu ihrer engeren Heimat. Sie findet auch in der Monatsschrift „Bergische Heimat" für Volkstum, Natur und Kunst, Wandern und Verkehr, ihren beredten Ausdruck. So lohnt es sich schon, das Bergische Land zu durchstreifen, gleichviel, ob man dazu die vielen Eisen- und Kleinbahnen benutzt, die Straßenbahnen oder Autobusse, oder ob man mit der Wanderkarte in der Hand bergauf und -ab durch die Gegend sich schlängelt. In zwei bis drei Tagen ist viel zu sehen. Die Entfernungen sind für die Fahrenden nicht groß, die Verbindungen vorzüglich. Aber wer laufen will, der findet kein Ende. Immer neue Reize tun sich dem Wanderer auf, bald sind es liebliche Wiesentäler, die der Wanderer durchschreitet, bald blickt er von luftigen Höhen mit Aussichtstürmern in die Weite und herab auf bewaldete Fluren, bald lockt ihn ein Hammer im Grund mit seinem emsigen Klappern, bald lacht ihm eine bergische Hofstätte entgegen, blitzsauber die Häuschen mit dem schwarzen Schiefer, den weißen Fensterrahmen und grünen Schlagläden. Drinnen waltet die bergische Hausfrau, die in vielem anderen, aber auch im Putzen und Scheuern ihresgleichen sucht. Mit dem sogenannten Hausputz — einer Quelle stolzer Freude für die Frau, dumpfer Ergebenheit für den Mann — ist es da nicht getan. Es muß noch Vor- und Nachputz dazu kommen. Et is better, dat die Färv dovan geht, als dat de Dreck dropblievt, ist die Devise des Bergischen Putzteufels. Er ruht und rastet nicht, bis alles blitzt und blänkt, un mer vom Bönnschen Reisbrei eten kann. Wie gerne möchte ich dem Lesenden einige der schönsten Wanderungen beschreiben und ihm den Mund wässerig machen; aber es sind ihrer zu viele und die Wahl ist zu schwer. Doch es läßt sich beweisen, daß fast nirgends in deutschen Landen dem Wanderer eine solche Fülle abwechslungsreicher, durch die Umsicht der Behörden und Vereine, besonders des „Gebirgsvereins Bergisch Land", in schöner Zusammenarbeit gut miteinander verbundener Wanderungen geboten wird. wie hier, Streift er gar zur Blütezeit durch's bergische Land, kommt er nach der Blütenstadt Leichlingen oder dem idyllischen Bergisch Neukirchen mit der Pattscheider Talsperre und dem reizvollen Murbachtal, so glaubt er sich versetzt in einen Riesenobstgarten mit zahllosen Gartenhäuschen. Die Liebe zur Natur hat von altersher auch dem Obstbau gegolten. Und gut für den Magen hat der Berger schon immer gesorgt. Er liebt die großen Portionen und hält auf billigen Preis. Namentlich der Kaffee hat es ihm angetan. Alles is mer liecke-völl, wenn ick hör die Kaffeemöll, sagt der aule Berger mit Schmunzeln. Bei viel Kaffee und noch mehr Reisbrei und Blatz stärkt sich der Wanderer gern von den Mühen des Weges und zahlreiche Gaststätten mit anmutigen Gärten laden ihn freundlichst ein. Wer so auf seinen Wanderungen in Berührung kommt mit den breiteren Schichten der Bevölkerung, der wird erfahren, daß hier nicht nur ein deftiger, kräftiger Menschenschlag wohnt, geschäftlich klug und wohlgerüstet für den Kampf ums Dasein, sondern daß in ihm auch neben der Liebe zur bergischen Heimat und dem weiteren Rheinland mächtig ist das Gefühl der Dankbarkeit gegen Preußen, durch das das Bergische Land — ihm zugeschlagen durch den Wiener Kongreß — erst zu dem hat werden können, was es geworden ist. Daß diese Dankbarkeit, die Sehnsucht nach dem deutschen Einheitsstaat nicht mindert, ist selbstverständlich bei einem Völkchen, das dem weiten deutschen Reich in guten und schlechten Zeiten unverbrüchliche Treue geschworen hat. Schlagen die Wogen der Begeisterung am Rhein und beim Wein auch leichter hoch, wie beim schwerblütigeren Berger, so hat doch, den Kölschen Jungen zum Trotz, auch der Berger seinen eigenen, etwas trockenen Humor, der sich im Platt gar häufig drastig verkörpert. Wer Land und Leute will verstehen, der muß hübsch fein zu Fuße gehen. Drum frisch auf mit dem Wanderstab durch's bergische Land! Ueber seine Geschichte, seine $1^1/_2$ Millionen Einwohner und allerlei sonst vielleicht ein anderes mal. Für heute Schluß mit dem Hartmannschen Bekenntnis zum bergischen Land:

Roemryke Berge, bergisches Land, Heimat wie bist du so schön, — Wo sich die Sonne strahlend erhebt, über bewaldete Höh'n, — Wo in den Tälern rauschet der Fluß, breiten die Wiesen sich aus, — Schieferbekleidet, efeuumrankt, grüßet das bergische Haus. — Fröhliche Lieder allüberall, klingend im Walde vergehn, — Roemryke Berge, bergisches Land, Heimat wie bist Du so schön.

besonders hervor, nachdem die Erhaltung der Kölner Oper gesichert sei, müsse es die Hauptaufgabe des Vereins und jedes Mitgliedes sein, sich für die weitere Sicherung dieses kulturellen Werkes einzusetzen. Anschließend behandelte der Intendant des Opernhauses, Prof. Hofmüller, nach einigen Worten des Dankes an den Verein für das tatkräftige Eintreten im rechten Augenblick zur Erhaltung der Oper, kurz den kommenden Winterspielplan. Das Nachlassen der Operettenzugkraft und die beginnende Umstellung des Publikums für ernstere Kunst gestatte es, beim künftigen Spielplan eine Wandlung nach dem Klassischen vorzunehmen. Die Erneuerung des Wagner- und Mozart-Repertoires werden die Hauptziele dieser Bestrebungen sein. Prof. Hofmüller stellte die Aufführung von „Parzival" und „Rienzi", von „Don Juan" und „Figaro" und der „Entführung aus dem Serail" in Aussicht. Die Mozartschen Opern sollen nicht nur dekorativ neu, sondern auch dem Geiste nach eine Erneuerung erfahren. Ferner stellte er die Aufführung von Verdis „Sizilianischer Vesper" und von „Falstaff" und Pfitzners „Herz" oder „Armen Heinrich", der „Ariadne" von Richard Strauß und d'Alberts „Mister Wu" in Aussicht.

Mehrere Anden-Vulkane sind in Tätigkeit getreten. Ein großer Teil Argentiniens vom Fuß der Anden bis zur Küste wurden von starkem Aschenregen heimgesucht.

Der Hooversche Abrüstungsplan

Die in Lausanne bekanntgegebene Abrüstungsbotschaft des amerikanischen Präsidenten Hoover findet in der Berliner Presse ein lebhaftes Echo.

Der Hoversche Abrüstungsvorschlag wird in Berliner Börsenkreisen zwar mit Genugtuung begrüßt, aber man ist über das Resultat sehr skeptisch.

Der Abrüstungsvorschlag Hoovers hat in Paris wie eine Bombe gewirkt und mit einem Schlag das Interesse an den Genfer Verhandlungen wieder aufleben lassen. Die allgemeine Auffassung der großen Pariser Blätter ist die, daß es sich um ein reines Wahlmanöver des amerikanischen Staatspräsidenten handle. Abgesehen von einigen Linksblättern wird der Hooversche Plan aufs schärfste abgelehnt, umsomehr, als er keine Versprechungen darüber enthält, daß Amerika sich nach seiner Annahme zu Zugeständnissen in der Schuldenfrage bereit erklären werde.

Die Londoner Morgenpresse bemerkt zu Hoovers Vorschlag, daß die „kühnen und weitgehenden" Vorschläge Hoovers der Abrüstungskonferenz zwar neuen Auftrieb gegeben haben, daß aber bei dem zu erwartenden Widerstand Frankreichs die Aussicht auf Annahme nicht sehr groß sei.

Die Minister, die in den Wandelgängen des englischen Unterhauses nach ihrer Meinung über den Abrüstungsvorschlag Hoovers gefragt wurden, lehnten es ab, sich zu ihm zu äußern. Viele Abgeordnete billigten die Anregungen des amerikanischen Präsidenten. Die Mitglieder der Arbeiterpartei waren einhellig mit ihnen einverstanden, dagegen ist die Meinung unter den Konservativen geteilt.

Für Freitag ist eine Sondersitzung des englischen Kabinetts einberufen worden, um den Vorschlag Hoovers zu erörtern. Der Vorschlag hat in London einen starken Eindruck gemacht, der in der gesamten Presse zum Ausdruck kommt.

Die amerikanischen Morgenblätter begrüßen einstimmig Hoovers Vorschläge, weil sie die Grundlage für positive Ergebnisse bilden.

Die Newyorker Morgenblätter befassen sich heute intensiv mit dem Vorschlag Hoovers und heben besonders hervor, daß dieser Vorschlag von Deutschland, Italien, Rußland und Spanien unterstützt werde, aufseiten Frankreichs und Japans aber eine unverhüllte Opposition hervorgerufen habe.

Der amerikanische Senator Mackellar bezeichnete den Abrüstungsvorschlag Hoovers als ungeeignet und dazu bestimmt, das amerikanische Volk zu einer Streichung der Kriegsschulden zu veranlassen. Der Senator King meinte, Hoovers Plan sei nicht so günstig wie der von Grandi vorgelegte.

Das Neueste

Die für den heutigen Donnerstag vorgesehene Vollsitzung des Reichsrates ist auf nächsten Dienstag vertagt worden.

Die Mineralölsteuer ist für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September auf 0.10 RM für einen Doppelzentner festgesetzt worden.

Die Ortsgruppe Dortmund der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) ist zur Partei der neuen Mitte übergetreten.

Ein Gausturmführer und sieben andere Mitglieder der NSDAP, die sich an den Straßendemonstrationen in München gegen Ministerpräsident Held beteiligt hatten, wurden zu Gefängnisstrafen von drei und zwei Wochen verurteilt.

In Breslau kam es Mittwoch abend zu Ueberfällen von Kommunisten auf Nationalsozialisten, die sich zur Versammlung begeben wollten. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer, und eine Anzahl leichter verletzt.

Das deutsche Linienschiff „Schlesien" ist gestern abend 22,20 Uhr auf der Danziger Reede eingetroffen, wo es vor Anker ging. Heute früh trafen noch die beiden Torpedoboote T 190 und G 10 in Danzig ein. Um 9 Uhr begab sich der deutsche Generalkonsul Dr. Freiherr von Thermann zur Begrüßung an Bord der „Schlesien". Der übliche Austausch von Besuchen fällt diesmal aus.

Der Parteiausschuß der Zentrumspartei des Saargebietes hat zur Saarfrage eine Entschließung gefaßt, in der es gegenüber gewissen französischen Bestrebungen heißt: „Das Recht der Saarbevölkerung auf die Abstimmung ist unveräußerlich. Für uns kommt nur die unversehrte Rückkehr des Saargebietes in Frage. Diese Rückkehr muß unter allen Umständen spätestens 1935 erfolgen".

Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß hatte gestern eine Unterredung mit Herriot. Die Frage der Anleihe für Oesterreich ist aber noch immer nicht entschieden. Dollfuß stattete auch dem deutschen Reichskanzler einen Besuch ab.

Für Beteiligung an einer Anleihe an Oesterreich soll Frankreich u. a. die Bedingung gestellt haben, daß Oesterreich 10 Jahre lang keine Zollunion mit Deutschland eingehe.

Den Tauchern des italienischen Hebeschiffs „Artiglio" gelang es, von dem im Jahre 1921 mit dem englischen Dampfer „Egypte" gesunkenen Goldschatz von 120 Millionen Franken, 26 Goldbarren im Werte von 20 Millionen Franken zu heben.

Für eine allgemeine Verständigung mit Deutschland tritt der italienische Völkerbundsdelegierte, Senator de Marinis, in einem Zeitungsartikel ein.

Ministerpräsident Herriot wird heute abend eine Rundfunkbotschaft an das amerikanische Volk richten.

In einer Unterredung des „Times"-Korrespondenten mit Minister Warmbold erklärte der Minister, die Auferlegung künftiger Finanzlasten würde nur auf Kosten der Gläubigen erfolgen können, da Deutschland bei künftigen Verpflichtungen genötigt sein werde, seine Ausfuhr noch mehr zu steigern und seine Einfuhr aufs engste zu begrenzen.

Wie verlautet, wird England in allernächster Zeit die irische Regierung um Aufklärung über die am 30. Juni fällige Jahresrate der irischen Landesentschädigung ersuchen. Im Weigerungsfalle will die englische Regierung sich vom Parlament die notwendigen Vollmachten erteilen lassen, um entsprechende Schritte Irlands gegenüber ergreifen zu können.

Auf den Cocosinseln soll der große peruanische Schatz aus der Inkazeit gefunden worden sein, dessen Wert mit 240 Millionen RM angegeben wird.

Ein Erdbeben und eine Flutwelle richteten in der Stadt Cuyutlan an der pazifischen Küste beträchtlichen Schaden an. Der Naturkatastrophe fielen auch Menschenleben zum Opfer, deren Zahl nach den letzten Meldungen 50 beträgt.

Schnell das Wichtigste

In Gelsenkirchen sind die Wohlfahrtsarbeiter in den Streik getreten, da sie mit der Kürzung der Lohnsätze nicht einverstanden sind.

Beim verbotenen Kohlenschürfen wurde ein 45jähriger Bergmann in Bochum verschüttet. Erst am Abend konnte man seine Leiche bergen.

Im Amte Ahlen brannte ein Gutshof vollständig nieder. Das Vieh und Mobilar konnten zum Teil gerettet werden.

Bei Münster geriet ein Lastwagenführer unter seinen eigenen Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf im Krankenhaus verstarb.

In Werl i. W. gelang es der Polizei einen 19jährigen Räuberhauptmann festzunehmen, auf dessen Konto eine ganze Anzahl Diebstähle kommt.

Die fieberhaften Nachforschungen nach dem Mörder des Wirtes von Schloß Holte bei Bielefeld haben immer noch nicht zu wesentlichen Anhaltspunkten geführt.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, hat man dort eine Leiche gefunden, die als Arnold Doll aus Honnef/Rhein identifiziert wurde.

Das Wetter von heute und morgen

Noch meist wolkig ohne wesentliche Temperaturänderung, schwache Winde aus nördlicher Richtung.

Westdeutsches

Velbert. Vom Startstrom getötet. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Flandersbach. Der 34jährige Monteur Kaiser vom RWE. war damit beschäftigt, die Isolatoren an der Hochspannungsleitung anzubringen. Er muß dabei unvorsichtig zu Werke gegangen sein, denn Passanten fanden ihn am Sicherungsgürtel hängend am Leitunasmast tot auf.

Velbert. Ein Arzt wegen Verleitung zum Meineid angeklagt. Vor einiger Zeit wurde vom Wuppertaler Schwurgericht eine Hebamme aus Velbert wegen Meineids zu geringer Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie falsche Aussagen gemacht, aber rechtzeitig widerrufen hatte. Es handelte sich darum, daß die Hebamme in einem Verfahren gegen einen Velberter Arzt wegen zu hoher Gebührenberechnung im Falle einer Geburt bei ihrer ersten Vernehmung die eidesstattliche Versicherung machte, es habe sich um einen komplizierten Fall gehandelt. In Wirklichkeit wurde festgestellt und später auch durch ein Geständnis der Hebamme bestätigt, daß die Geburt normal verlaufen und die falsche Angabe nur gemacht worden war, damit der Arzt höhere Gebühren liquidieren konnte. Auf ihre Aussage hin, daß der Arzt sie zu einer falschen Aussage verleitet habe, wurde jetzt von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verleitung zum Meineid erhoben und das Verfahren von der Strafkammer eingeleitet.

Rheinhausen. Teilstillegung bei der Friedrich-Alfred-Hütte. Die Leitung der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen hat in Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse bekanntlich seit einigen Monaten für einen Teil ihrer Anlagen einen Wechselbetrieb eingeführt, der bei Stillegungen nach Ansammlung von Aufträgen wieder Arbeitsperioden vorsieht. Infolge der Aufarbeitung des Auftragsbestandes wird die jetzt laufende Arbeitsperiode am Sonntag, 26. Juni, vormittags 6 Uhr beendet. Der Termin für die Wiederaufnahme der Arbeit in den betreffenden Betrieben steht noch nicht fest.

Ein sensationeller Einbruch

Beraubung des Aschaffenburger Kupferstichkabinetts

Ein sensationeller Einbruch wurde nachts in das erst kürzlich wieder eröffnete Kupferstichkabinett im Schloß in Aschaffenburg verübt. Es ist anzunehmen, daß eine große Anzahl der wertvollsten Blätter gestohlen worden ist. Die Einbrecher sind mit äußerster Sachkenntnis zu Werke gegangen und offenbar auf dem Gebiet des Kunsthandels gut zu Hause.

Bernkastel. Starke Erdrutsche in einem Moselort. Nachdem die Landwirtschaft in Mülheim a. d. Mosel erst am Pfingstmontag durch eine Unwetterkatastrophe heimgesucht wurde, ist die Gemeinde jetzt erneut von einem schweren Unglück betroffen worden. In der Nacht sind im Gebiet „Am Wald" große Erdmassen zu Tal gerutscht. Viele Felder, besonders Kartoffeläcker, sind in Mitleidenschaft gezogen worden. An einer anderen Stelle wurde ein großes Roggenfeld völlig von Erdmassen bedeckt. Der Gesamtschaden läßt sich im Augenblick noch nicht ganz übersehen. Auch am Dienstag dauerten die Erdbewegungen noch an. Ein etwa 12 Morgen großes Gelände ist in ständiger Bewegung. Als Ursache des Bergrutsches wird die Unwetterkatastrophe am Pfingstmontag angesehen, wobei durch die niedergehenden Wassermassen das ganze Gelände unterspült wurde.

Noch keine Entscheidung im Kindervertauschungsprozeß

Die Feststellungsklage des Fabrikmeisters Beuth in Gladbach-Rheydt, daß der in der Familie des Heizers Donk lebende 12jährige Junge sein Sohn sei, der im Wöchnerinnenheim kurz nach der Geburt vertauscht sein soll, wurde jetzt beim Gericht zum Spruch gestellt. Zu dem Termin hatten sich, da dieser Fall in den weitesten Kreisen mit großer Spannung verfolgt wird, neben den Familienangehörigen der beiden Kinder noch zahlreiche Wissenschaftler und sonstige Zuhörer eingefunden. Das Gericht wird nun über diesen Fall beraten und voraussichtlich in der nächsten Woche seine Entscheiduna verkünden.

„Ich habe genug von diesem Elend!"

Vor den Augen des Freundes erhängt

Morgens hat sich im Frankfurter Stadtwald ein 17jähriger Junge durch Erhängen das Leben genommen. Der Lebensmüde entstammte einer Familie von neun Köpfen, die mit Ausnahme des Vaters und eines Sohnes arbeitslos ist. Auch der junge Mann war ohne Beschäftigung. Er ging in den Wald und erhängte sich in Gegenwart eines Freundes, den er dort getroffen hatte. Dieser hielt die Sache für einen Scherz, mußte aber dann sehen, wie sein Freund plötzlich einen Baum bestieg, einen Lederriemen um den Hals legte und sich mit den Worten: „Ich habe genug von diesem Elend" erhängte. Der junge Mann eilte sofort zur Polizei, um Meldung zu erstatten; nach Eintreffen der Polizei war der Tod bereits eingetreten.

Schmeling das Opfer eines Fehlurteils?

Das „Kölner Tageblatt" schreibt in seiner heutigen Sportbeilage:

Die Boxkommission in Newyork will heute eine Untersuchung des Kampfes vornehmen.

Wie um Mitternacht aus Newyork gemeldet wird, dürfte sich die Boxkommission noch im Laufe des Donnerstags entschließen, eine Untersuchung des Weltmeisterschaftskampfes vorzunehmen. Wie von informierter Seite dazu erklärt wird, haben sich sofort nach dem Kampf viele Verdachtsmomente für die Annahme ergeben, daß mit dem Sieg von Sharkey zumindest ein krasses Fehlurteil gefällt worden ist, daß vielleicht aber ein gegen Schmeling gerichteter Racheakt vorliegt. Heute vormittag wird Joe Jacobs, der Manager des deutschen Boxers, von der Newyorker Box-Kommission aufgefordert werden, die Personen nahmhaft zu machen, die ihm nachweislich bereits vor geraumer Zeit mitgeteilt haben, daß Gunboat Smith zum Ringrichter ernannt werden würde und daß Schmeling im Kampf gegen Sharkey unter dieser Voraussetzung gar keine Chance hätte. Man darf gespannt sein, ob Joe Jacobs in der Lage und willens ist, wirklich konkrete Angaben zu machen. Es wäre eine Sensation.

Amerika beruhigt sich nicht

In diesem Zusammenhang erfahren wir am heutigen Mittag:

War schon die Erregung in den amerikanischen Blättern über den Ausgang des Boxweltmeisterschaftskampfes groß, so bewiesen die später erschienenen Kommentare der amerikanischen Zeitungen, daß man sich mit dem ungerechten Urteil in diesem Boxkampf durchaus nicht einverstanden erklärt. Immer wieder wird betont, daß das „Fehlurteil" das Prestige Amerikas in der Welt nicht fördere. Eine amerikanische Zeitung schreibt u. a., daß Schmeling die Runden gewonnen habe, während Sharkey den Weltmeistertitel erhielt.

Trotzdem wird an der Entscheidung des Kampfgerichts nicht gerüttelt und die staatliche Boxkommission wird Sharkey auch offiziell den Boxweltmeistertitel zusprechen, da auch mit einer Untersuchung der Angelegenheit nicht gerechnet wird. Eine amerikanische Boxkommission wird, wie es auch 1930 bei Schmeling der Fall war, den neuen Boxweltmeister Sharkey nicht anerkennen.

Auch die englische Presse stellt sich auf den Standpunkt, daß das Urteil ein glattes Fehlurteil gewesen ist. Schmeling wird als ein feiner Vertreter des Sportgeistes des neuen Deutschlands erklärt.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Unterhaltungsbeilage"
Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas,
Burscheid, Mittelstraße 10.



Preise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen: Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den erklärenden Prospekt „Kopf zerbrochen!" geben! Er ist gleichzeitig ein Wegweiser zu gesundem schönen Haar durch „Haarglanz", die Vervollkommnung moderner Haarpflege. „Haarglanz" macht das Haar wundervoll glänzend, es läßt sich leichter frisieren. Dauer-, Wasserwellen u. Ondulation halten besser und länger. „Haarglanz" enthält keine fettenden Bestandteile und ist ärztlich empfohlen. „Haarglanz" liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung und Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfg.

SCHWARZKOPF – HAARPFLEGE
vollkommen durch „Haarglanz"



25

Anton sah ihn wie geistesabwesend an und bückte sich, um die Scherben aufzulesen.

„Siebzehn Fässer!" murmelte er glückselig.

„Was sagst du, Anton?" fragte Hanno, dem das seltsame Wesen des Gesellen aufgefallen war.

Er beugte sich nieder zu ihm.

„Siebzehn . . . Fässer!" wiederholte Anton glückselig.

„Ich verstehe dich nicht!" Hanno schüttelte den Kopf. Der Geselle lächelte noch immer.

„Denken Sie einmal nach, Hanno. Mir ist plötzlich eine Erleuchtung gekommen. Siebzehn . . . Fässer . . . siebzehn Kreise."

Dann verließ er den Saal mit den Scherben.

Seltsam berührt trat Hanno zu den anderen zurück. Was meinte der Geselle? Siebzehn Fässer . . . siebzehn Kreise!

Da erschrak er heftig.

So plötzlich überkam es ihn, daß es allen auffiel.

„Was hast du?" fragte ihn Nordensteen.

„Nichts . . . nichts!" lachte Hanno auf. „Ich . . . ich freue mich, daß dir unser Wein schmeckt. Trinke nur, Alexander. Wir haben ja fünfzehn, nein, siebzehn Fässer im Keller."

Der Comte Mario d'Urbanez warf ihm einen seltsamen Blick zu, in dem eine halbe Frage lag.

Aber Hanno beachtete ihn nicht und ließ sich nichts weiter anmerken, obwohl es nur so durch seinen Kopf wirbelte.

Siebzehn Fässer . . . siebzehn Kreise!

Das Rätsel war gelöst. Die Zeichnung fand ihre Erklärung. Jetzt wußte Hanno Tessing, wo er die unterirdische Bibliothek oder den unterirdischen Gang zu suchen hatte.

* * *

Esther sagte Hanno „Gute Nacht".

Hanno küßte die bleiche Hand und fühlte, wie sie zitterte.

„Hanno," bat Esther mit bebender Stimme, „ich will Schloß Korff verlassen. Ich kann nicht mehr. Aber um eins bitte ich dich noch."

„Wenn ich's erfüllen kann, dann will ich's tun."

Esther atmete schwer. „Ich . . . will heute meine Tür . . . nicht schließen. Und . . . du sollst zu mir kommen, Hanno."

Erschrocken sah er sie an.

„O, versteh' mich nicht falsch! Ich will nur mit dir sprechen. Will dich noch einmal ein paar Stunden für mich haben, dich sehen. Dein Bild will ich mir einprägen, daß ich es nie vergesse. Ich weiß nicht, wie es kam . . . daß ich dich so . . . lieben muß."

„Es geht nicht, Esther! Verlange das nicht von mir!" sagte er fast flehend.

„Es geht!" Hart, bitter war ihr Antlitz.

Hanno schwieg noch immer.

„Oder fürchtest du dich, Hanno? Bist du feige? Hast du Angst, daß du . . . unterliegen könntest?"

Da hob er stolz das Haupt. „Ich . . . werde zu dir kommen. Wenn alles zur Ruhe ist, dann komme ich."

* * *

Mrs. Porter hatte sich vorgenommen, mit ihren Töchtern zu sprechen.

Gerade als Marion der Schwester beim Umkleiden helfen wollte, sagte sie: „Winnie, komm doch einen Augenblick zu mir. Du auch Marion. Ich will euch etwas sagen."

Verwundert gehorchten die Töchter der Mutter und setzten sich an den Tisch.

Mrs. Porter fiel es nicht leicht, das rechte Wort zu finden. Sie setzte mehrmals an. Aber immer wieder zögerte sie, es auszusprechen.

Schließlich sagte sie geradezu.

„Eure Mutter will sich wieder verheiraten!"

Das Erstaunen der Töchter war grenzenlos. Die Herzogin glaubte nicht recht gehört zu haben, Marion aber stieß einen Freudenschrei aus und umarmte die Mutter stürmisch.

„Mutter!" jubelte sie, „ich weiß wen. O, ich weiß! Den mag ich gern als Vater. Den hab' ich jetzt fast lieb."

„Du ahnst es, Marion?" sagte Mrs. Porter und drückte ihre Jüngste zärtlich. „Wer kann es auch anders sein als Robert Tessing!"

Sie wandte sich dann wieder zur Herzogin.

„Du scheinst wenig erbaut davon zu sein, Winnie?"

Die Herzogin schüttelte erregt den Kopf. „Verzeih, Mutter. Ich bin zu überrascht. An diese Möglichkeit habe ich überhaupt nicht gedacht. Unsere liebe, gute Ma . . . wieder heiraten!"

„Ich selbst," gestand die Mutter, „habe niemals an die Möglichkeit geglaubt. Es kam mir früher so widersinnig vor. Bis ich Robert Tessing kennenlernte. Ich habe nie in meinem Leben einen so aufrechten, fröhlichen und guten Menschen kennengelernt, und je näher wir uns kamen, um so lieber wurde er mir. Ich habe ihn herzlich lieb und will dir offen sagen, Winnie, daß ich mir jetzt ein Leben ohne ihn nicht vorstellen könnte."

Die Herzogin nahm die Hand der Mutter und drückte sie herzlich.

„Ich glaube es dir, Mutter. Ich war im Anfang nur zu überrascht. Jetzt habe ich mich schon damit abgefunden. Ich schätze Herrn Robert Tessing. Daß du ihn lieben lernteste, wundert mich nicht, denn er ist ein Mann, den man lieben muß. Man muß ihm gut sein."

„So bist du also damit einverstanden?" fragte Mrs. Porter grenzenlos verwundert.

„Als ob du mein Einverständnis brauchtest, Mutter! Aber wenn es dir Freude macht, dann will ich dir sagen, daß ich gern damit einverstanden bin. Das wundert dich wohl sehr?"

„Sehr, Winnie. Ich will es offen sagen."

Die Herzogin seufzte auf. „Ach, Mutter, heute denke ich manchmal, ob es nicht eine Dummheit war, daß ich mir den Titel einer Herzogin kaufte."

„Warum denn, Winnie?"

„Weil . . . ja weil . . . ich kann es dir nicht sagen. Es hat jetzt auch keinen Zweck mehr. Uebrigens Mutter, würdest du dich wundern, wenn auch ich . . . in nächster Zeit heiraten würde?"

„Du?"

„Ja! Der Comte hat um meine Hand gebeten."

Mrs. Porter war nicht allzu verwundert. Gedankenvoll sah sie die Tochter an.

„Er ist ein schöner Mann, Winnie. Auch ein geistreicher, kluger, Mensch! Hast du ihn aber auch lieb?"

Winnie senkte den Kopf. Traurig sagte sie: „Ich weiß nicht, Mutter. Er gefällt mir, o, sehr gut gefällt er mir. Es muß interessant sein, an seiner Seite zu leben."

„Winnie," sagte die Mutter ernst, „dann solltest du ihn nicht heiraten."

„Warum nicht, Mutter? Er gefällt mir so gut!"

„Gefallen! Liebes Kind, wenn mir das Marion sagte, dann würde ich nichts dazu sagen, sondern wissen, daß ein so junges Menschenkind noch nicht wissen kann, was Liebe ist. Aber du darfst nicht so sprechen. Du bist über die ersten Jugendillusionen hinaus und wirst mir glauben, wenn ich dir sage, daß das für ein Leben voll Glück nicht ausreicht. Ueberlege es dir, Winnie. Du bist dein eigener Herr, und wenn du meinst, es sei dein Glück, dann gib ihm dein Wort."

„Glück! Liebe! Ach, Mutter, wenn ich wüßte, was das ist! Ich sehne mich danach und . . . ach, es ist ja alles so töricht!"

„Du sollst dich aussprechen," bat die Mutter herzlich.

Aber die Herzogin schüttelte den Kopf.

„Liebst du einen andern?"

Da barg die Herzogin ihren Kopf in beide Hände und weinte.

* * *

Die Nacht hatte Schloß Korff in Dunkel gehüllt.

Hanno glaubte, daß alles schlief, und schritt unhörbar den Korridor entlang nach Esthers Zimmer.

Als er die Klinke faßte, klopfte ihm das Herz. Aber er zwang sich und trat ein.

Esther stand bleich und schön mitten im Zimmer am Tisch. Sie trug noch die Balltoilette vom Abend.

„Hanno," sagte sie weich. „hab' Dank, daß du gekommen bist. Hab' Dank! Du sollst nicht schlecht von mir denken, wenn ich von dir fortgegangen bin. Ich bin nicht schlecht!"

Und sie trat zu ihm und umschlang ihn mit ihren Armen.

„Sieh mich an, Lieber. Ich will dich nicht quälen. Ich weiß, daß sich Liebe nicht erzwingen läßt und . . . Mitleid hasse ich. Aber laß mich dein Bild mitnehmen, damit ich immer an dich denken kann."

„Esther!" Er wollte ein gutes Wort sagen, ein Wort, das hilft, das tröstet, und er fand es nicht.

„Ich habe dich gebeten, daß du zu mir kommen sollst, weil . . . ich aus deinem Munde . . . die Geschichte deiner Liebe . . . hören wollte."

„Nicht das, nicht das, Esther!" bat er. Trocken war seine Kehle, und heiß strömte ihm das Blut durch die Glieder.

„Doch, Hanno," bat sie leise. „Erzähle mir. Ich will es in mir tragen, und zu keinem Menschen will ich davon reden. Aber erzähle mir deine Geschichte. Nur um das bitte ich dich."

Sie ließ nicht nach mit ihrem Bitten.

Und Hanno erzählte!

Stockend kam es von seinen Lippen. Jedes Wort mußte er sich abringen, bis er nach und nach fließender sprach. Leidenschaftlich ward seine Rede.

Er erzählte von Aimeé, der schönen Tochter des Häuptlings der Ogalle-Indianer in Brasilien.

„Eine Indianerin?" fragte Esther leise.

„Ja!" antwortete Hanno bitter. „Sie war eine Indianerin, das schönste Mädchen des Stammes . . . und ich habe sie lieb gehabt. Eine Rote! sagen sie alle verächtlich. Wie klein, wie erbärmlich sind die Menschen, die nur im weißen Manne das existenzberechtigte Geschöpf sehen. Ich hatte sie lieb, Esther. Ich habe nicht an die Zukunft gedacht und Aimeé gewiß genau so wenig. Wir hatten uns lieb . . . und das war genug. Alle Seligkeiten der Liebe gab mir Aimeé, ohne zu fragen, ohne zu fordern. Ihr Leben war Lieben. Was soll ich dir schildern, Esther. Jedes Wort ist zu gering, jede Schilderung zu erbärmlich, um das auszudrücken, was mir Aimeé war. Verstehst du mich, Esther?"

„Ich verstehe dich, Hanno!" sagte sie bebend.

„Und . . . Aimeé . . . hat man mir gemordet. Ein Menschenjäger, Francois Beechln nannte er sich, der sich rühmte, binnen zwei Monaten fünfzig Rote wegzuknallen, schoß sie nieder. Um einer gottverfluchten Wette willen . . ."

„Das kann nicht sein! Das kann kein Mensch!"

„Ein Mensch!" hohnlachte er. „Nein, ein Mensch kann das nicht. Aber ein Unmensch, ein Tier, ein Vieh hat das getan. Ich lag krank am Fieber darnieder, da traf Aimeé der Tod aus dem Hinterhalt. Ich lag hilflos. Ich sah den Mörder, sah sein haßverzerrtes Gesicht, seine Fratze und . . . konnte ihn nicht fassen . . . konnte ihn nicht mit den Händen erwürgen."

Die Erinnerung übermannte ihn. Er ballte die Hände zu Fäusten. Sein Antlitz war verzerrt, und seine Lippen zitterten.

„Das . . . das, Esther, war die Geschichte meiner Liebe. Vielleicht spottest du meiner. Vielleicht sagt dir jetzt eine Stimme, daß es Narrheit ist, einen Mann zu lieben, der . . . der um eine Indianerin so litt. Aber, um das bitte ich dich, Esther, sage kein Wort des Spottes. Ich könnte es nicht ertragen. Ich habe Aimeé . . . zu lieb gehabt."

Erschütternd war das Bekenntnis des Mannes. Esther saß stumm und atmete schwer. Das Leid des Mannes hatte sie aufs tiefste ergriffen.

„Und . . . mit Aimeé ist . . . deine Liebe gestorben, Hanno?"

Er nickte stumm.

„Hast du sie gerächt?" fragte sie plötzlich.

Da erhob er sich ungestüm vom Stuhl. „Noch nicht! Aber Gott hat mir den Mörder in meine Hand gegeben. Meine Rache erfüllt sich."

„Wo ist er? Wer ist es? Sag's, Hanno!"

Er sah sie durchdringend an. „Du sollst es wissen. Der Comte!"

„Der . . . Comte!" Sie schrie es beinahe vor Entsetzen.

„Ja, er war es. Er hat Aimeé meuchlings gemordet." Und mit plötzlicher Wildheit fügte er hinzu: „Und du wirst schweigen . . . bis meine Rache erfüllt ist."

Stumm nickte Esther. Dann trat sie zu Hanno und legte ihre beiden Arme auf seine Schultern. Mit einem langen, traurigen Blick sah sie ihn an.

„Du Armer! Was hast du gelitten! Und bist doch stark und aufrecht geblieben und hast das Frohgefühl in dir behalten. Daß du das gekonnt, Hanno!"

„Das Leben . . . ist doch noch stärker als der Tod!" sagte er bitter und senkte den Kopf.

Esther aber zog das trotzig-widerstrebende Haupt zu sich nieder und küßte es. Ganz sanft und still, wie eine Mutter küßt.

Da faßte Hanno ihre beiden Hände und drückte sie. Dann sagte er mit weicher Stimme: „Wenn Aimeé gerächt ist, Esther, komme ich vielleicht einmal zu dir . . . und bitte dich . . . mein Kamerad für immer zu sein."

Ehe sie die Worte richtig erfaßt hatte, war Hanno draußen.

Als sie allein im Zimmer stand, atmete sie tief auf. Einen Hoffnungsstrahl hatte ihr Hanno gelassen.

* * *

Anton war mit Edward zusammen in den Weinkeller gestiegen. Hinter einem Berg von alten Flaschen hatten sie sich ein Versteck gesucht und warteten.

Stockdunkel war es im Raume. Feuchte, modrige Kellerluft umwehte sie, daß es sie fröstelte.

Eine Viertelstunde nach der anderen verging, ohne daß der Erwartete kam. Das Warten wurde zur Qual. Aber sie saßen still gekauert und rührten sich nicht.

Endlich! Ein Laut von oben.

Antons feines Ohr hörte, daß der Mechanismus in Bewegung gesetzt wurde.

Ihre Herzen begannen erregter zu schlagen.

Jemand stieg die Stufen herab. Trat in den Weinkeller. Ein mattes Licht flammte auf. Eine Gestalt huschte den Gang herunter.

Wieder fuhr den Gesellen ein Oelgeruch in die Nase.

Sie dachten an das Erlebnis vor dem Bibliothekszimmer.

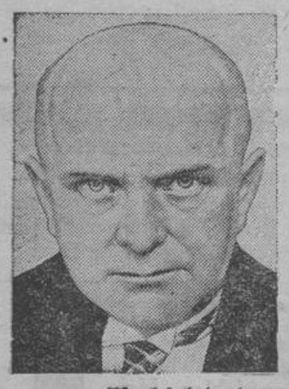
Da! Zwischen dem achten und neunten Faß trat eine gespenstische Gestalt hervor. Ein Mensch im schwarzen Trikot.

Sie konnten nicht erkennen, wer es war, denn die Gestalt hatte auch das Haupt verhüllt.

Voll größter Spannung harrten die Gesellen auf das, was da kommen sollte.

Der vermummte Mann arbeitete mit der größten Ruhe und Sicherheit. Er betastete die Rückwand des neunten Fasses.

Zoll für Zoll untersuchte er.





Wechsel in der politischen Abteilung des Reichsinnenministeriums

Der bisherige Leiter der politischen Abteilung im Reichsinnenministerium, Ministerialdirektor Menzel (links), ist von seinem Posten beurlaubt worden. Als Nachfolger ist der ehemalige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Georg Gottheimer (rechts) in Aussicht genommen, der bereits im Jahre 1928 vorübergehend im Reichsinnenministerium tätig war



Reichskanzler von Papen gibt Feuer

Ein kleines Zwischenspiel aus einer Verhandlungspause in Lausanne: Reichskanzler von Papen reicht dem französischen Ministerpräsidenten Herriot Feuer, links der französische Finanzminister Martin